

De facto-Souveränität in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Daniel Zollinger
Nansenstrasse 8
8050 Zürich

danielzolli@gmail.com



Inhalt

1 Einleitung	1
2 <i>De facto</i> -Souveränität.....	3
3 Theorien	4
3.1 Föderalismus	4
3.2 Nationale Eliten.....	8
3.3 Wirtschaftliche Aspekte der Sezession	10
3.4 Externe Unterstützung.....	13
4 Fallauswahl.....	16
5 Datenerhebung	16
6 Methode und Auswertung	17
7 Auswertung und Analyse	20
7.1 H ₁ : Föderalismus auf Republiksebene	20
7.2 H ₂ : Nationale Eliten	25
7.3 H ₃ : Wirtschaftliche Aspekte der Sezession.....	27
7.4 H ₄ : Externe Unterstützung	29
8 Schluss.....	33
<i>Literaturverzeichnis</i>	37

Tabellen und Abbildungen

<i>Tabelle 1</i> : Matrix zur Datenauswertung nach Ragin (1987).....	17
<i>Tabelle 2</i> : Boolesche Wahrheitstabelle.....	17
<i>Abbildung 1</i> : Föderales System der Sowjetunion	4
<i>Abbildung 2</i> : Lage der <i>de facto</i> souveränen Staaten	16
<i>Abbildung 3</i> : Brubakers <i>triadic nexus</i> und das Verhältnis zur Sowjetunion in den Sezessions- konflikten innerhalb der (ehemaligen) sowjetischen Unionsrepubliken.....	30
<i>Abbildung 4</i> : Einfluss der untersuchten Faktoren auf die Sezession	34

1 EINLEITUNG

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 führte zur Aufteilung der multiethnischen Föderation in ihre Teilrepubliken. In den ethnisch definierten Teilstaaten war es nach 1985 zu einem Aufblühen des Nationalismus gekommen, was schliesslich in der Auflösung des gemeinsamen Staates gipfelte. Dabei begünstigte die ethnisch-territoriale Struktur der Sowjetunion diesen Prozess stark (Cornell 2001a, Roeder 1991, Suny 1998). Es entstanden neue Staaten, die zwar (mit Ausnahme Kasachstans) homogener als die Sowjetunion waren, aber dennoch meist eine grosse ethnische Vielfalt aufwiesen. Einige dieser Staaten erbten zudem von der Sowjetunion föderale Strukturen, welche einzelnen Minderheiten Privilegien in Form von territorialer und kultureller Autonomie einräumten.

Auch in diesen Teilrepubliken der neu entstandenen Staaten sowie bei zahlreichen Minderheiten, die über keine Autonomie verfügten war es zu „nationalen Wiedergeburten“ gekommen (Brubaker 1996, Cornell 2001b), die sich in einem Verlangen nach mehr Souveränität äussernten. Die neu entstandenen Staaten akzeptierten diese Forderungen allerdings nicht, und in keinem Fall kam es zu einer friedlichen und international anerkannten Sezession, wie dies bei der Auflösung der Sowjetunion geschehen war. Stattdessen entbrannten vielerorts Konflikte zwischen den sowjetischen Nachfolgerstaaten und ihren sezessionistischen Teilgebieten.

In diesen Konflikten konnten sich die noch schlecht konstituierten neuen Staaten nicht immer durchsetzen. In der Folge kam es in einigen dieser Regionen zu einseitigen Unabhängigkeitserklärungen, welche international jeweils nicht anerkannt wurden¹. Vier dieser Gebiete konnten aber ihre Souveränität *de facto* durchsetzen und existieren bis heute als so genannte *stabilisierte de facto-Regimes*: Transnistrien (in der Republik Moldau²), Bergkarabach (in Aserbaidschan) sowie Südossetien und Abchasien (in Georgien). Unter *de facto souveränen Staaten* werden Gebilde verstanden, die sämtliche Merkmale eines Staates aufweisen (z.B. Gesetzeshoheit, Grenzen, Währung), ohne international anerkannt zu sein (Quénivet 2007: 139ff).

Auf den ersten Blick erscheint die erfolgreiche Sezession dieser Regionen erstaunlich. Die separatistischen Minderheiten waren den Staaten, von denen sie sich lösten, nicht nur zahlenmässig, sondern auch institutionell und militärisch unterlegen. Die Republik Moldau, Georgien und Aserbaidschan verfügten nämlich über international anerkannte staatliche Institutionen, welche bereits zur Zeit der Sowjetunion mit mehr Souveränität ausgestattet gewesen waren als die Institutionen der Minderheiten, ausserdem über die Mitgliedschaft in internationa-

¹ Eine Ausnahme stellt hier Tschetschenien dar, welches vom afghanischen Taliban-Regime anerkannt wurde.

² Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion wurde das Gebiet als *Moldavskaja SSR* bezeichnet, seit der Unabhängigkeit nennt sich der Staat *Republica Moldova*. Entsprechend wird er dieser Arbeit für die Zeit bis 1991 als *Moldawische SSR* (Adjektiv: *moldawisch*), für die postsowjetische Periode hingegen als *Republik Moldau* (Adjektiv: *moldauisch*) bezeichnet.

len Organisationen wie der UNO sowie über reguläre Armeen, die bei der Auflösung der Sowjetunion eine beträchtliche Anzahl Waffen erhalten hatten. Trotzdem gelang es den Separatisten Transnistriens, Abchasiens, Südossetiens und Bergkarabachs, die Bevölkerung für den Sezessionskampf zu mobilisieren, sie riskierten einen bewaffneten Konflikt und gingen aus diesem insofern siegreich hervor, als sie die Kontrolle über das von ihnen beanspruchte Territorium *de facto* erlangten. Deshalb möchte ich untersuchen, unter welchen Umständen sich eine solche *de facto-Souveränität* entwickeln konnte.

Insbesondere möchte ich herausfinden, wie es diesen Minderheiten gelang, sich trotz der numerischen, materiellen und institutionellen Unterlegenheit gegen die international anerkannten Nachfolgestaaten der Sowjetunion durchzusetzen. Ein spezielles Augenmerk möchte ich dabei auf die Institutionen des Föderalismus bzw. der sowjetischen Nationalitätenpolitik legen, welche auch den Minderheiten innerhalb der sowjetischen Unionsrepubliken³ pseudo-staatliche Institutionen zur Verfügung stellte, und dabei untersuchen, welche Rolle diese Institutionen bei der Errichtung der *de facto-Souveränität* von Abchasien, Südossetien und Bergkarabach spielte⁴. Da der Fall Transnistrien zeigt, dass *de facto-Souveränität* auch ohne Föderalismus entstehen konnte, werden auch weitere Faktoren untersucht.

Die Themen Föderalismus und Sezession sind in Osteuropa von aktueller Relevanz: Nach der Auflösung der drei sozialistischen Föderationen Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien spielen sich die Konflikte nicht mehr entlang der Grenzen der ehemaligen Unionsrepubliken ab, sondern innerhalb dieser nun unabhängigen Staaten mit den häufig neu entstandenen Minderheiten. Zur Lösung solcher Konflikte werden vielerorts (z.B. in Bosnien-Herzegowina oder in der Ukraine) erneut föderalistische Strukturen gebildet. Mit dieser Arbeit hoffe ich zur Klärung der Frage beizutragen, ob Föderalismus wirklich als Instrument zur Beilegung ethnischer Konflikte taugt oder nicht vielmehr zur Entstehung neuer Konflikte beiträgt bzw. die aktuellen Konflikte nur vorübergehend entschärft.

Dabei wurde der Zerfall der Sowjetunion in ihre Unionsrepubliken und die Rolle, die der sowjetische Föderalismus dabei spielte, bereits ausführlich untersucht (z.B. von Roeder 1991, Hale 2000 oder Suny 1998), doch der Zerfall einzelner Unionsrepubliken, der im Gegensatz zu jenem der Sowjetunion stets von bewaffneten Auseinandersetzungen begleitet war, wurde auf einer theoretischen Ebene bisher selten und eher am Rande thematisiert. Um meine Forschungsfrage zu beantworten, gilt es, durch die vergleichende Untersuchung dieser Konflikte herauszufinden, welche Faktoren wie zum Scheitern des Föderalismus innerhalb der Nachfol-

³ Die Sowjetunion bestand aus 15 Unionsrepubliken, welche offiziell als Sozialistische Sowjetrepubliken (SSR) bezeichnet wurden.

⁴ Transnistrien hatte innerhalb der Moldawischen SSR keinen Autonomiestatus inne.

gestaaten beigetragen haben. Dadurch erhoffe ich mir Erkenntnisse, welche Elemente neue föderale Gebilde enthalten sollten und was dabei zu vermeiden ist.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage soll erst durch theoretische Überlegungen eruiert werden, welche Faktoren für die Entstehung von *de facto*-Souveränität im postsowjetischen Raum in Frage kommen. Dazu werde ich ausführlich auf Theorien des Föderalismus eingehen, aber auch eine Reihe weiterer Faktoren auf ihre Plausibilität überprüfen. Ausserdem wird das Phänomen *de facto*-Souveränität auf theoretischer Basis behandelt. Die aus den Theorien abgeleiteten Hypothesen werde ich anhand des *Ragin-Ansatzes* prüfen und auswerten.

2 DE FACTO-SOUVERÄNITÄT

Unter *de facto* souveränen Staaten werden staatsähnliche Gebilde verstanden, welche über eine vollständige interne Souveränität verfügen, denen aber eine anerkannte externe Souveränität fehlt. Sie unterscheiden sich von normalen Staaten durch die Unfähigkeit, mit anderen Staaten in Beziehungen zu treten und internationalen Organisationen beitreten zu können (Lynch 2002: 835). Die fehlende internationale Anerkennung schränkt *de facto* souveräne Staaten nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und sicherheitstechnisch ein: Sie können keine Darlehen von internationalen Finanzinstituten aufnehmen und die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen ist nicht garantiert, da diese nicht völkerrechtlich anerkannt sind (Quénivet 2007: 140).

Gegen innen hingegen üben *de facto*-Staaten vollständige Souveränität aus. Sie erfüllen typischerweise die ersten drei (von vier) Kriterien des ersten Artikels des Montevideo-Abkommens (Lynch 2002: 835), der im Völkerrecht am weitesten verbreiteten Staatsdefinition (Crawford 1979: 36), sie verfügen nämlich über (a) eine permanente Bevölkerung, (b) ein definiertes Territorium und (c) eine Regierung (Lynch 2002: 835, Quénivet 2007: 145f). Auch behaupten sie, das letzte Kriterium – (d) die Fähigkeit, in Beziehungen mit anderen Staaten zu treten – erfüllen zu können, was allerdings durch empirische Einschränkungen – nämlich die fehlende internationale Anerkennung – verunmöglicht wird (Lynch 2002: 835).

Alle postsowjetischen *de facto*-Staaten besitzen sämtlichen Attribute der inneren Souveränität, haben die Unabhängigkeit durch Volksabstimmungen bestätigen lassen und Verfassungen eingeführt, welche Souveränität und Unabhängigkeit festschreiben (Lynch 2002: 836).

Gebilde, welche nach ihrer Sezession die Kriterien von Lynch (2002) und Quénivet (2007) erfüllen, werden in dieser Arbeit als *de facto* souveräne Staaten bezeichnet.

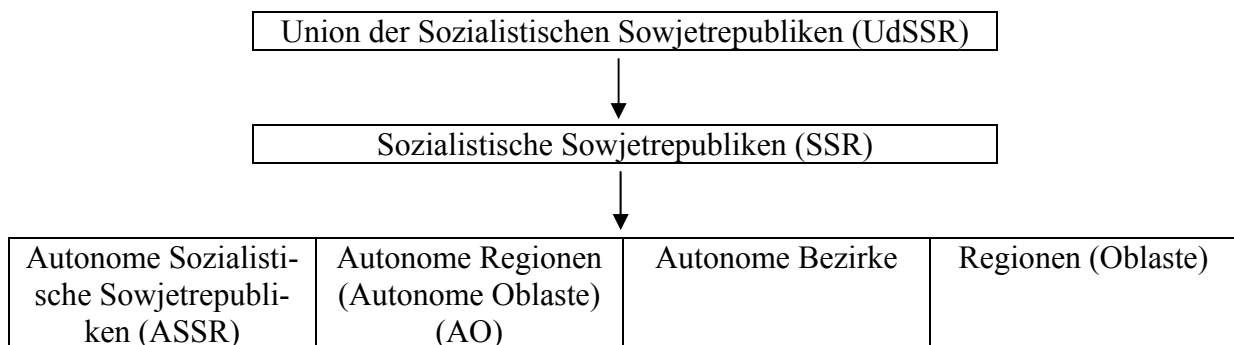
3 THEORIEN

3.1 Föderalismus

Bei der Untersuchung des Sezessionismus in den postsowjetischen Ländern drängt sich eine Untersuchung des Föderalismus der Sowjetunion auf: Als zu Beginn der 1990er Jahre das Sowjetregime seine Legitimität verlor, verlief die Sezession der Völker der Sowjetunion nämlich exakt entlang der Grenzen der Teilstaaten, aus welchen die Union bestanden hatte.

Die Sowjetunion vereinte zwei einander widersprechende Prinzipien, den internationalistischen Sozialismus sowie den Nationalismus. Der Grund dafür liegt in der Entstehungsgeschichte der Union: Nach den Bürgerkriegswirren, welche auf die Oktoberrevolution folgten, mussten die Bolschewiken den Minderheiten einen Anreiz bieten, sich dem umgestalteten russischen Staat anzuschließen. Deshalb wurde ihnen die Selbstbestimmung der Völker versprochen (Cornell 2001a: 61). Im Rahmen der *Korenizacija* (Verwurzelungspolitik) betrieb die Sowjetunion sogar *nation building*: Vielen kleinen Völkern, die bisher keine Schriftsprache gehabt hatten, wurden die Sprachen kodifiziert, um sie in der Öffentlichkeit verwenden zu können. Die Minderheiten erhielten Territorien mit eigenen staatlichen Institutionen zur Selbstverwaltung (Suny 1993: 102, 110).

Abbildung 1: Föderales System der Sowjetunion



Dazu wurde ein weltweit einzigartiges hierarchisches Föderationsmodell mit 53 ethnisch basierten Territorien entwickelt. Davon waren allerdings nur die 15 *Sozialistischen Sowjetrepubliken* (Unionsrepubliken, SSR) direkt dem Staat untergeordnet. Innerhalb der Unionsrepubliken existierten so genannte *Autonomien*, welche der Jurisdiktion ihrer Unionsrepubliken unterworfen waren, aber ebenfalls über zahlreiche Institutionen eines souveränen Staates verfügten. Diese Autonomien waren hierarchisch unterteilt in *Autonome Sozialistische Sowjetrepubliken* (ASSR), *Autonome Regionen* (AO) und *Autonome Bezirke* (Cornell 2001a: 71, Suny 1993: 111). Die grösseren Sowjetrepubliken waren zusätzlich in Regionen (russisch: Oblast’)

unterteilt, was allerdings eine rein administrative Gliederung darstellte und keine kulturelle oder politische Autonomie mit sich brachte.

Die Zentralregierung beabsichtigte mit diesem System, die Minderheiten besser kontrollieren zu können. Zahlreiche Grenzen wurden nicht entsprechend der ethnischen Verhältnisse gezogen, sondern häufig so, dass innerhalb der einzelnen Republiken und Autonomien grosse Minderheiten entstanden. Dadurch entwickelten häufig interne Spannungen, welche Moskau dazu ausnutzen konnte, die verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gebietseinheit gegeneinander auszuspielen⁵ (Cornell 2001a: 74).

Mitte der 1930er Jahre stoppte Stalin allerdings die *Korenizacija*, da sie nicht die gewünschten Erfolge zeitigte, sondern die Nationalitäten eher stärkte. Nach seinem Tod wurde sie aber wieder eingeführt und erlebte in den 1970er Jahren unter Brežnev eine zweite Blüte. Durch die Vernachlässigung der kommunistischen Ideologie fehlte dadurch plötzlich der Kitt, der die Union zusammengehalten hatte (Cornell 2001a: 89). Durch die *Perestroika*-Politik, die den Teilstaaten und ihren Führungen mehr Freiheiten gab, entstanden überall nationalistische Bewegungen. Sowohl die alten Eliten als auch aufstrebende Oppositionelle und nationalistische Intellektuelle benutzten den Nationalismus, um ihre Macht auszubauen (Suny 1998: 465). Ende 1991 zerfiel der Staat schliesslich entlang der Republiksgrenzen, und auch innerhalb der Republiken kam es vielerorts zu Sezessionskonflikten mit den untergeordneten föderalen Entitäten.

Die Rolle des Föderalismus bei ethnischen Spannungen und Konflikten war und ist Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Häufig wird der Föderalismus nicht als Konfliktursache, sondern als Lösung angesehen. Auch nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Föderationen wurden vielerorts föderale Prinzipien zur Beilegung ethnischer Konflikte angewandt.

Zu den Vertretern des Föderalismus zur Konfliktlösung gehört Arend Lijphart. Er schlägt das Modell des *consociationalism* für ethnisch gemischte Gesellschaften vor, das sich durch das Vorhandensein von vier Elementen auszeichnet, nämlich einer *grossen Koalition*, in der alle Gesellschaftssegmente vertreten sind, ein Vetorecht (*Mutual Veto Rule*) zum politischen Schutz der Minderheiten, die *proportionale Vertretung* aller Segmente in Politik und Verwaltung sowie die *Autonomie* aller Segmente, welche im Fall territorialer Konzentration der Segmente zum Föderalismus führt.

⁵ Stalin war zu dieser Zeit Kommissar für Nationalitäten in der Sowjetunion und damit für die Schaffung der föderalen Strukturen und insbesondere deren Grenzen verantwortlich (Cornell 2001b: 42). Entsprechend seiner territorial basierten Definition der Nationen wurde die Sowjetunion strukturiert: „A nation is a historically constituted, stable community of people, formed on the basis of a common language, territory, economic life, and psychological make-up manifested in a common culture. (...) It is only when all these characteristics are present together that we have a nation“ (Stalin 1994: 20f).

Lijphart (1979: 512) hält den Föderalismus für nützlich, um in heterogenen Staaten Entscheidungskompetenzen auf homogenere Teilstaaten zu übertragen. Deshalb hält er die garantierte Machtaufteilung zwischen Zentral- und Regionalregierungen für das herausragende Merkmal des Föderalismus (Lijphart 1979: 502). Lijphart (1979: 509) weist aber darauf hin, dass nicht jede Föderation den Prinzipien des *consociationalism* entspricht, als Beispiel für eine diesen Prinzipien nicht entsprechende Föderation nennt er die Sowjetunion, da dort die nötige Bedingung der Demokratie nicht erfüllt war.

Auf diese Diskrepanz geht auch Dorff (1994: 99) ein, er sieht den Hauptgrund des Scheiterns des Föderalismus in den sozialistischen Staaten darin, dass dort nur föderale Strukturen, nicht aber *föderale Prozesse* bestanden hätten: Er sieht die Merkmale von Lijpharts *consociationalism* und Föderalismus als rein strukturelle Merkmale an und definiert den föderalen Prozess als „Kooperation und offene Verhandlungen aller beteiligten Parteien“ (Dorff 1994: 101). Ein solcher Prozess fand in der Sowjetunion nicht statt, da die gesamte politische Macht in der Kommunistischen Partei zentralisiert war, in dem streng hierarchischen System konnte keine Rede sein von einer Kooperation. Als die Macht dieses Zentrums zu schwinden begann, entstand kein dezentralisiertes politisches System mit föderalen Prozessen, stattdessen entbrannte ein Machtkampf zwischen dem Zentrum und der Peripherie und zwischen den einzelnen Einheiten der Peripherie (Dorff 1994: 104). Die föderalen Strukturen wurden nun ein nützlicher Mechanismus, um regionalen Separatismus und Konfrontation voranzutreiben, und zwar nicht entlang ethnischer Trennlinien, sondern den Grenzen der föderalen Subjekte entsprechend (Dorff 1994: 105, 107). Durch das Fehlen föderaler Prozesse begünstigte der Föderalismus den Ausbruch von Konflikten beim Zusammenbruch der Zentralmacht⁶.

Auch Cornell (2001a) hält er Autonomien für „conducive to secessionism (...) because institutionalizing and promoting the separate identity of a titular group increases that group’s cohesion and willingness to act, and establishing political institutions increases the capacity of that group to act.“ (Cornell 2002: 252). Die Institutionen der Autonomien fördern auf folgenden Gebieten eine mögliche Sezession:

- *Grenzen*: Die Aufgabe, das beanspruchte Gebiet zu begrenzen, ist bereits erfüllt, die Grenze ist in den Köpfen der Bevölkerung vorhanden.
- *Gruppenidentität*: Autonomien geben den Gruppen eine Identität, welche ihre Handlungsfähigkeit und Kohäsion erhöht.

⁶ Auch föderale Prozesse können separatistische Tendenzen nicht immer stoppen. So fanden in Grossbritannien, Belgien und Spanien Föderalisierungen statt, der Sezessionismus in Schottland, Flandern, Katalonien und im Baskenland hielt aber trotzdem an oder trat sogar noch verstärkt in Erscheinung.

- *Staatliche Institutionen* können durch die Führung ausgenutzt werden, um die Integrität des Zentralstaats anzugreifen.
- *Führung*: Offizielle Ämter in einer Autonomie geben den Anführern der Sezessionsbewegung viel mehr Legitimität als beispielsweise den Anführern einer Partei oder Bewegung.
- *Finanzielle Ressourcen* machen die Führung von der Zentralregierung unabhängig, können zur Finanzierung nationalistischer Bewegungen verwendet werden.
- *Massenmedien* geben die Möglichkeit, die Bevölkerung zu beeinflussen und mobilisieren.
- *Möglichkeit externer Unterstützung*: Durch die internationale Anerkennung des Autonomiestatuts ist auch auswärtige Unterstützung durch ein anderes Land wahrscheinlicher. (Cornell 2001a: 16-19)

Auch Roeder (1991: 199) ist dieser Ansicht: „(...)autonomous homelands provide essential resources for the collective mobilization of ethnic communities, and both federal institutions and indigenous cadres shape ethnic agendas.” Die Institutionen, die geschaffen wurden, um Moskaus Kontrolle über die Nationalitäten zu verbessern, förderten deren ethnische Mobilisierung. Obwohl die Titularnationen in zahlreichen Autonomien nicht die Bevölkerungsmehrheit stellten, dominierten sie ihre Republiken durch Überrepräsentation in der Partei- und Staatsführung der Autonomie (Roeder 1991: 204). Dies führte zu Spannungen insbesondere innerhalb der nichtrussischen Sowjetrepubliken, in denen gewisse Ethnien mit eigenen Autonomien den Titularnationen unterstellt waren. Die Überrepräsentation der Titularnationen auf Republiksebene und deren Politik, insbesondere die Sprachpolitik, verärgerte die Minderheiten und führte zu deren Mobilisierung (Roeder 1991: 222f). Wie Cornell vertritt Roeder (1991: 226) deshalb die Ansicht, dass die politischen Institutionen des sowjetischen Föderalismus eine entscheidende Rolle für die Bildung ethnischer Gemeinschaften, die Politisierung der Ethnien und die Protest-Mobilisierung gespielt haben.

Roeder (1999: 868ff) sieht drei Gründe für den Ausbruch von Konflikten aufgrund von föderalistischen Strukturen: Die Ethnisierung der Politik, indem die ethnischen Unterschiede durch *power sharing* zwischen Zentralstaat und Minderheit institutionalisiert werden, die *Proliferation institutioneller Waffen*, da jede an Teilstaaten übertragene Macht von diesen als Waffe gegen den Zentralstaat verwendet werden kann sowie die *Polarisierung der Präferenzen*: Regionale Führungen versuchen sich stets mit Nationalismus und Distanzierung vom Zentrum zu profilieren. Deshalb erhöhen solche Institutionen die Wahrscheinlichkeit ethnischer Differenzen und nationalistischer Aufbegehren (Roeder 1999: 871).

Da die föderalen Institutionen, wie in den Theorien von Dorff (1994), Cornell (2001a) und Roeder (1991, 1999) beschrieben, die erfolgreiche Sezession der sowjetischen Teilrepubliken begünstigten, liegt der Schluss nahe, dass sie dies auch entsprechend bei der Sezession der heute *de facto* souveränen Staaten innerhalb dieser Sowjetrepubliken taten. Deshalb lautet meine erste Hypothese:

H₁: Das Vorhandensein föderaler Institutionen auf Republiksebene (also innerhalb der Teilrepubliken der Sowjetunion) erleichterte den Separatisten die Erlangung der de facto-Souveränität.

3.2 Nationale Eliten

Roeder (1991) und Beissinger (1992, 1998) machen darauf aufmerksam, dass die *indigenisierten Eliten* innerhalb der ethnisch definierten Unionsrepubliken und Autonomien eine wichtige Rolle beim Zerfall der Sowjetunion sowie bei den dabei entstandenen ethnischen Konflikten spielten. Der Grund dafür ist das System, welches die Führung der Sowjetunion zur vollständigen Kontrolle der Nationalitäten aufbaute. Dieses System bestand darin, sämtliche politischen Mobilisierungsmöglichkeiten durch Personen und Organisationen zu unterbinden, die nicht offiziell dazu bestimmt wurden. Die offiziell mit Mobilisierungsmöglichkeiten ausgestatteten Organe (also die Führung der Republik oder Autonomie) wurden hingegen verpflichtet, strikt die *policies* zu verfolgen, die vom Zentrum vorgegeben waren (Roeder 1991: 203). Durch drei Massnahmen wurde dieses Ziel erreicht:

Erstens wurden innerhalb der Republiken und Autonomien *ethnische (Partei-)Kader* geschaffen, also die Führung aus der lokalen Bevölkerung rekrutiert. Dies hatte einerseits den Zweck zur besseren Kontrolle dieser Gebiete durch deren Ortskenntnis (Stalin 1953: 370f), andererseits waren diese Kader für die Entscheidung verantwortlich, wann die ethnische Gruppe mobilisiert werden sollte. Die Möglichkeit dazu gab ihnen die institutionalisierte Kontrolle über Mobilisierungsressourcen wie Massenmedien oder öffentliche Foren (Roeder 1991: 205).

Zweitens nahm man diesen Kadern die Möglichkeit und den Anreiz, ihre Bevölkerung mit nationalistischen Agenden zu mobilisieren, indem das sowjetische System materielle Belohnung und den Status der Kader mit den Zielen des Zentralstaats verknüpfte, zu denen die Vermeidung nationalistischer Agenden gehörte. Den Kader war bewusst, dass sie ihre privilegierten Positionen durch mehr Autonomie oder sogar Unabhängigkeit nicht verbessern konnten und hatten daher keinen Anreiz, eine den Interessen des Zentralstaats widersprechende Politik zu verfolgen (Roeder 1991: 206).

Drittens bekamen diese Kader von Moskau die Aufgabe, die Entstehung von Gegeneliten zu verhindern, welche die sowjetischen Institutionen gefährden könnten. Dazu wurde von den Kadern eine neue, einheimische *Intelligencija* geschaffen und berufliche und materielle Aufstiegschancen innerhalb der Republik oder Autonomie mit der Mitgliedschaft in dieser Elite verknüpft (Roeder 1991: 207).

Mit dieser Strategie wurde allerdings die von den Bolschewiken erwünschte und auch in offiziellen Doktrinen ständig propagierte Verschmelzung (*Slijanie*) der Nationalitäten nicht erreicht (vgl. Roeder 1991: 229, Suny 1993: 106), vielmehr wurden diese gefestigt. In den 1980er Jahren, insbesondere nach der Machtergreifung Gorbačëvs, verschwanden zwei entscheidende Bedingungen für das Funktionieren dieses Systems: Die Demobilisierung der Nationen sowie die Aufrechterhaltung der hierarchischen Disziplin. Die Eliten, welche zur Vertretung der Interessen Moskaus gegenüber ihren Nationen rekrutiert worden waren, begannen nun, die Interessen ihrer Nationen gegenüber Moskau zu verteidigen (Beissinger 1992: 153). Gorbačëvs *Glasnost*'-Politik bewirkte, dass die Eliten ihre Autorität in ihren Regionen zunehmend auf die ethnisch mobilisierte Bevölkerung stützten und damit ihre Loyalität dem Zentrum gegenüber aufgaben, gleichzeitig schwanden die zentralen Kontrollmechanismen über diese Eliten, sodass diese zunehmend autonom agieren konnten. Da Gorbačëv selbst die Institutionen des Zentralstaats angriff, förderte dies ein entsprechendes Verhalten der regionalen Eliten, wobei das Zentrum häufig mit der russischen Nation gleichgesetzt wurde (Beissinger 1992: 155).

Weitere Gründe für die zunehmend nationalistischen Agenden der Eliten und die damit verbundene Mobilisierung der Bevölkerung waren die ersten freien Wahlkämpfe, das Eintreten einer grossen Zahl relativ unerfahrener Personen in öffentliche Ämter (Beissinger 1992: 156) sowie – in wohlhabenderen Republiken – wirtschaftliche Faktoren: Da aus diesen Regionen sehr viele Steuergelder und Ressourcen in ärmere Landesteile abflossen, forderten ihre Führungen mehr Autonomie, um die Mittel in der Republik behalten zu können (Roeder 1991: 219). Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, mobilisierten sie teilweise auch die Bevölkerung zu Protesten oder arbeiteten sogar mit Oppositionellen zusammen (Roeder 1991: 213). Durch die offensichtliche Schwäche des Zentrums war es für die Eliten in den Republiken und Autonomien nun meist rationaler, sich mit der mobilisierten Bevölkerung zusammen gegen das Zentrum zu stellen, um an der Macht zu bleiben (Beissinger 1992: 156f).

Durch die Nationalisierung der Eliten der Unionsrepubliken kam es Ende der 1980er Jahre zu einer grösseren politischen Bedeutung der Republiksgrenzen innerhalb der Sowjetunion, was die Minderheiten innerhalb der Republiken mobilisierte (Beissinger 1998: 406). Die Eliten

jener Minderheiten, welche einen Autonomiestatus innerhalb der Republiken hatten, forderten nun die Veränderung der Republiksgrenzen und teilweise den Republikstatus für ihre Gebiete, was zu Konflikten mit den nationalisierten Eliten der Unionsrepubliken führte (Beissinger 1998: 409). Dabei waren es meist nicht die benachteiligten Gruppen, welche sich mit Waffengewalt gegen die Republikführungen erhoben, sondern jene Gruppen, die eine Autonomie oder Republik kontrollierten und deshalb über Eliten und Institutionen die Massen mobilisieren konnten (Roeder 1991: 212). Auch Beissinger unterstreicht die Bedeutung staatlicher (d.h. auch auf dem Niveau der Autonomien) Institutionen für die Mobilisierung der Minderheiten:

“Waves of nationalist violence are disproportionately associated with groups well-connected to the state, not marginalized communities, and violence is more often a strategy for institutionalizing control than for challenging authority, although it ultimately is used for both purposes. (...) State authority plays a key role in encouraging, condoning, aiding, and in some cases directly perpetuating acts of nationalist violence. (Beissinger 1998: 418f)

Anders als beim Zerfall der Sowjetunion in ihre Unionsrepubliken, wo die erstarkten Republiken die Sezession vom geschwächten Zentrum auf friedliche Weise erreichten, kam es nun innerhalb der neu entstandenen Staaten zu blutigen Konflikten, da die sezessionswilligen Eliten der Autonomien auf den Widerstand der mit mehr Souveränität ausgestatteten Eliten der neu entstandenen Staaten stiessen. Dennoch konnten sich diese Eliten auf die in der Sowjetunion aufgebauten Mobilisierungsmechanismen innerhalb der Autonomien verlassen und so ihre Autorität gegenüber den Eliten der neuen Staaten behaupten. Es ist anzunehmen, dass dies in den Konflikten in Abchasien, Südossetien, Tschetschenien und Bergkarabach eine wichtige Rolle gespielt hat. Aufgrund dieser Überlegungen lautet meine zweite Hypothese:

H₂: Minderheiten mit einer eigenen nationalen Elite auf der Ebene der sowjetischen Teilrepubliken bzw. ihrer Autonomien waren besser mobilisierbar und deshalb erfolgreicher bei der Errichtung von de facto souveränen Staaten als solche ohne Eliten.

3.3 Wirtschaftliche Aspekte der Sezession

Wirtschaftliche Erwägungen spielen bei der Entscheidung, ob eine Sezession versucht werden soll oder nicht, häufig eine wichtige Rolle. Durch die Sezession können für eine ethnische Gruppe Vorteile oder Nachteile entstehen. Einerseits kann beispielsweise der erwartete Ver-

lust des Zugangs zum gemeinsamen Wirtschaftsraum die Gruppe vom Sezessionsversuch⁷ abhalten, andererseits können sich wohlhabende Gruppen durch die Umverteilungsmechanismen in einem gemeinsamen Staat benachteiligt fühlen und deshalb die Sezession fordern.

Horowitz (1985: 233) hält grundsätzlich reiche Regionen für weniger sezessionswillig als ärmere. Er bezweifelt aber eine kausale Beziehung zwischen der wirtschaftlichen Leistung einer Region und der Sezession, da diese sowohl in armen als auch in reichen Ländern vorkommt. Für wichtiger hält er die relative Position einer Region im Vergleich zum gesamten Staat (Horowitz 1985: 235). Dabei unterscheidet er zwischen vier Möglichkeiten:

- rückständige Gruppen in rückständigen Regionen
- fortschrittliche Gruppen in rückständigen Regionen
- fortschrittliche Gruppen in fortschrittlichen Regionen
- rückständige Gruppen in fortschrittlichen Regionen

(Horowitz 1985: 236-260)

Als *fortschrittliche Gruppen* betrachtet Horowitz (1985: 233) jene Gruppen, die von guten Ausbildungsmöglichkeiten und Anstellungen ausserhalb der Landwirtschaft profitieren können und folglich wohlhabend sind. *Rückständige Gruppen* charakterisiert er als typischerweise schlecht ausgebildete und bezahlte Gruppen mit entsprechend niedrigem Lebensstandard. Die Regionen klassifiziert Horowitz (1985: 234) als rückständig bzw. fortschrittlich entsprechend dem relativen regionalen pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zum Zentralstaat.

Für am meisten sezessionswillig hält er die rückständigen Gruppen in rückständigen Regionen, da diese oft von den fortschrittlicheren Gruppen ihres Landes dominiert und teilweise kolonialisiert werden, was die ethnische Unrast fördert. Obwohl eine Sezession in diesem Fall oft wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt, ist das Erreichen der politischen Ziele (Unabhängigkeit) meist wichtiger (Horowitz 1985: 238ff). Auch in fortschrittlichen Regionen tendieren rückständige Gruppen aus denselben Gründen zur Sezession, da sie aber selten über die Kontrolle über die Region verfügen, wird sie kaum versucht (Horowitz 1985: 256ff). Die Sezession fortschrittlicher Gruppen in rückständigen Regionen hält Horowitz (1985: 245ff) nicht für wahrscheinlich, da diese wirtschaftlich vom Zentralstaat profitieren und häufig über eine grosse Diaspora in anderen Landesteilen verfügen. In fortschrittlichen Regionen erwartet er ebenfalls keine Sezession der fortschrittlichen Gruppen: Diese sind zwar nicht von einer Diaspora abhängig, dafür vom grossen Absatzmarkt des Zentralstaates (Horowitz 1985: 251).

⁷ Unter *Sezessionsversuch* wird in dieser Arbeit die einseitige Unabhängigkeitserklärung eines Gebiets verstanden. Beim Zerfall der Sowjetunion waren zahlreiche Sezessionsversuche erfolglos.

Horowitz (1985: 261f) beschreibt zwei Sezessionsmuster: Rückständige Gruppen versuchen die Sezession früh (direkt nach der Unabhängigkeit des Zentralstaates), haben aber keine zentrale Organisation, wodurch sich der Konflikt lange hinzieht und zu keinem Ergebnis führt. Fortschrittliche Gruppen hingegen warten lange ab, bis sie einen Sezessionsversuch unternehmen, durch gute Organisation kommt es zu einem schnellen Erfolg.

Im Falle der Sowjetunion stellte Horowitz (1992: 21) verschiedene der oben beschriebenen Konflikttypen fest. Die stärksten Sezessionstendenzen sagte er für Zentralasien voraus, da es sich bei den dortigen Ethnien um rückständige Gruppen in rückständigen Gebieten handelt (Horowitz 1992: 16f). Die sezessionistischen Bestrebungen der fortschrittlichen Balten hielt er für eine Ausnahmeerscheinung, da diese auf dem Weltmarkt höhere Preise für ihre Produkte erzielen konnten und daher der Verlust des Marktes der Sowjetunion für sie nicht sezessionshemmend wirkte (Horowitz 1992: 16).

Hale (2000: 32) vertritt den gegenteiligen Standpunkt: Er hält fortschrittliche Gruppen für sezessionistischer, da sie von den anderen Gruppen eines Staates wirtschaftlich ausgebeutet werden und dass sie insbesondere durch die Einführung der Demokratie befürchten müssen, dass diese Ausbeutung noch stärker wird (2000: 34). In einer gemeinsamen Wirtschaft verlieren die reichen Regionen durch die Ausbeutung durch ärmere Regionen, während ärmere Gegenden davon durch Technologietransfer, Zugang zu hochwertigen Gütern und der Schaffung gut bezahlter Arbeitsmöglichkeiten profitieren und weniger sezessionistisch sind (Hale 2000: 34). In seiner Studie untersucht er alle Republiken der ehemaligen Sowjetunion und stellt fest, dass eine starke Korrelation zwischen dem Wohlstand und Sezessionismus bestand, also die reicheren Regionen sich früher von der Union lösten (Hale 2000: 44f). Fearon und Laitin (2003: 2, 13) erwähnen zudem, dass das Aufstandspotential in einer wohlhabenden Region grösser ist als in einer armen, da die Mittel zur Finanzierung einer Rebellion vorhanden sind.

Auch Roeder erwähnt die finanziellen Aspekte beim Zerfall der Sowjetunion. Die Führungen von Regionen mit hohem Lebensstandard (Baltikum, Kaukasus) versuchten mit Forderungen nach mehr Autonomie, die Ressourcen in ihren Regionen zu behalten, anstatt damit ärmere Regionen subventionieren zu müssen. Um Druck auf die Zentralregierung auszuüben, mobilisierten diese Führungen ihre Bevölkerungen, was meist mit nationalistischen Agenden geschah, da so die Bevölkerungen am einfachsten zu mobilisieren waren (Roeder 1991: 219).

Innerhalb der Republiken bzw. der neu entstandenen Staaten liefen die gleichen Prozesse ab: Reichere Minderheiten waren nicht gewillt, mit ihren Ressourcen Republiken ethnisch „fremder“ Titularnationen zu unterstützen und forderten deshalb mehr Autonomie, die Bildung einer eigenen Sowjetrepublik bzw. später die Unabhängigkeit. Ein Beispiel dafür sind die Ar-

menier Bergkarabachs, welche sich über die wirtschaftliche Ausbeutung durch Aserbaidschan beklagten und deshalb den Anschluss an Armenien forderten (Roeder 1991: 221).

Die Theorie von Horowitz hingegen scheint auf die ehemalige Sowjetunion nicht anwendbar. Dies in erster Linie, weil sie den historischen Fakten grösstenteils widerspricht: Entgegen seiner Voraussage waren die separatistischen Tendenzen in den zentralasiatischen Republiken unionsweit am kleinsten, sogar 1991 sprachen sich die meisten dieser Republiken für den Erhalt der Sowjetunion aus (Suny 1993: 154). Zudem stellt Laitin (1999: 846) in einer Untersuchung von sechs postsowjetischen Fällen fest, dass die Theorie von Horowitz auf vier dieser sechs Fälle falsche Vorhersagen liefert – unter anderem für die Slaven in der Republik Moldau und für die Armenier in Aserbaidschan, also für meine Untersuchungsfälle Transnistrien und Bergkarabach. Deshalb verwende ich in meiner Studie die Theorien von Roeder und Hale. Entsprechend lautet die dritte Hypothese:

H₃: Reiche Minderheitengebiete tendieren eher zur Sezession und zur Errichtung von de facto souveränen Staaten.

3.4 Externe Unterstützung

Die oben aufgeführten Faktoren sind die Voraussetzung dafür, dass eine Gruppe überhaupt für einen Sezessionskampf mobilisiert werden kann und sich gegen den aus einer Sowjetrepublik entstandenen neuen Staat erhebt. Autonome Republiken und Gebiete, ethnische Eliten und wirtschaftliche Unterschiede bestanden aber vielerorts in der ehemaligen Sowjetunion, ohne dass dies zur erfolgreichen Sezession all dieser Regionen führte. Die nach mehr Autonomie strebenden Minderheiten waren nämlich üblicherweise den neuen Staaten, denen sie angehörten, derart unterlegen, dass für sie ein Sezessionsversuch nicht in Frage kam oder ohne Erfolg blieb, wie im Falle Tatarstans oder Tschetscheniens. Daher liegt die Vermutung nahe, dass nur jene Sezessionisten, die von aussen militärische oder finanzielle Unterstützung bekamen, Chancen hatten, sich gegen den Staat durchzusetzen und die Unabhängigkeit – wenn nicht international anerkannt, so wenigstens *de facto* – zu erlangen.

Horowitz (1985: 272) hält externe Unterstützung für einen sehr wichtigen, die Sezession begünstigenden Faktor. Allerdings ist es für Sezessionisten sehr schwierig, eine solche Unterstützung zu erhalten, da der (wenn auch indirekte) Eingriff in die internen Konflikte eines Nachbarstaates ein grosses Risiko darstellt. Sogar wenn sie den Separatisten gegenüber sehr wohlwollend eingestellt sind, sind andere Staaten doch weniger motiviert als die Separatisten selbst und können ihre Unterstützung einstellen, wenn sie ihnen nicht mehr opportun erscheint, beispielsweise wegen der Bevorzugung eines anderen Ziels in der Innen- oder Aus-

senpolitik (Horowitz 1985: 273). Wie und warum aber gelang es einzelnen Minderheiten, welche innerhalb der neu entstandenen Staaten nach Sezession trachteten, externe Unterstützung zu mobilisieren?

Brubaker (1996) geht davon aus, dass Minderheiten innerhalb von *nationalizing states* eine solche Unterstützung vor allem von ihren *homelands* erhalten. Unter *homeland* versteht er einen Nachbarstaat der gleichen Nationalität wie die Minderheit (Brubaker 1996: 66f), unter *nationalizing states* neu entstandene, ethnisch heterogene Staaten, deren Eliten nationalistische *policies* und Programme verfolgten (Brubaker 1996: 45). Die Minderheiten werden von einer solchen Politik ausgeschlossen, denn ein „nationalizing state is one understood to be the state of and for a particular ethnocultural „core nation“ whose language, culture, demographic position, economic welfare, and political hegemony must be protected and promoted by the state“ (Brubaker 1996: 103). Beispiele solcher Staaten sind die Nachfolgerstaaten von Österreich-Ungarn, die nach dem ersten Weltkrieg entstanden, oder die ehemaligen sowjetischen Unionsrepubliken. Die *Minderheiten* tendieren dazu, sich als Angehörige einer anderen Nation und damit eines anderen Staates zu definieren (Brubaker 1996: 48), womit sie das nationale Selbstverständnis der Eliten der *nationlizing states* erst recht stärken (Brubaker 1996: 51). Solche Minderheiten suchen teils auch aktiv Patronage im Ausland (Brubaker 1996: 61).

Diese Unterstützung der Minderheit führt zu einem Interessenskonflikt zwischen den drei beteiligten Parteien, von Brubaker als *triadic nexus* bezeichnet: Die unterschiedlichen und wechselnden Beziehungen zwischen der Minderheit, dem *homeland* und dem *nationalizing state* können zu einer instabilen und explosiven Situation führen, da die Unterstützung einer Minderheit von ihrem *homeland* vom *nationalizing state* als Angriff auf die Souveränität wahrgenommen wird und so zu einem Krieg führen kann (Brubaker 1996: 55ff). Im Postsozialismus hat sich dies beispielsweise bei der serbischen Minderheit in Kroatien und Bosnien-Herzegowina oder bei der armenischen Minderheit in Aserbaidshan gezeigt.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu zahlreichen solchen Situationen. Hauptgrund dafür war die Nichtübereinstimmung der Grenzen der Republiken und Autonomien mit der Verteilung der Ethnien, sodass in praktisch allen neu entstandenen Staaten grosse Minderheiten vorhanden waren (Brubaker 1996: 33). Als wichtigste, grösste und potentiell gefährlichste dieser Minderheiten sieht Brubaker (1996: 108) die russischen Minderheiten in den sowjetischen Nachfolgestaaten, für die sich der russische Staat offen einsetzt (Brubaker 1996: 136). Trotzdem erwartet er keine von Russland angestrebten Grenzveränderungen, denn „territorial revisionism [is] a costly, inefficient, and, it could be argued, ultimately unnecessary way to augment state power, even for many of those whose agendas are commonly labelled ‘neo-

imperialist” (Brubaker 1996: 140). Unter den russischen Minderheiten in den postsowjetischen Nachbarstaaten Russlands kam es auch deshalb zu keinem Aufstand, weil sie über keinerlei Institutionen verfügen (Brubaker 1996: 42f).

Die Russländische Föderation hatte aber nicht nur für ethnisch russische Minderheiten im Ausland *homeland*-Funktion. Russland wurde auch von zahlreichen Ethnien, welche nach der Auflösung der Sowjetunion über keine eigenen Staaten verfügten, als alternatives Zentrum zur Sowjetunion und damit als *homeland* wahrgenommen (Brubaker 1996: 42). Auch innerhalb Russlands werden zahlreiche ethnisch nicht-russische Völker im weiteren Sinne als dem „russländischen“⁸ Staat zugehörig angesehen. Dazu existiert in der russischen Sprache eine breit gefächerte Ethnonymie: Es wird unterschieden zwischen *russkie* (ethnische Russen), *rossijane* (Bürger der Russländischen Föderation), *russkojazyčnie* (Russischsprachige), *sootečestvenniki* und *graždane* (Brubaker 1996: 143). Die beiden letzten Begriffe sind dehnbar und auf fast alle ehemaligen Sowjetbürger anwendbar, besonders auf „former subjects of the Russian Empire or citizens of the USSR and their descendants, not presently possessing Russian citizenship but belonging to one of the ethnic groups of Russia and considering themselves spiritually and culturally-ethnically tied to Russia” (Brubaker 1996: 143).

Damit kann die russische Unterstützung nicht nur der vorwiegend russischsprachigen (wenn auch ethnisch gemischten) transnistrischen Separatisten, sondern auch jener in Abchasien, Südossetien und teils in Bergkarabach erklärt werden: Mangels ethnischer Gemeinsamkeiten wurden hier die sprachlichen und politischen Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt. Die weitgehend russifizierten Abchasen und Osseten fühlten sich mit der ethnisch weniger stark konnotierten Russländischen Föderation näher verbunden als mit dem nationalistischen georgischen Staat. Die Zuwendung zu Russland ist daher auch als Reaktion auf die Politik der georgischen Regierung zu verstehen, die andere Nationalitäten ausschloss (Tishkov 1999: 587f). Die Verbindungen zu den Nachbarländern waren teils kultureller (Transnistrien, Bergkarabach), teils eher politischer Natur (Abchasien, Südossetien). Aufgrund der oben aufgeführten Theorien von Brubaker (1996) und Horowitz (1985) halte ich die Unterstützung, welche den Separatisten aufgrund solcher Verbindungen zuteil wurde, für sehr wichtig in den postsowjetischen Sezessionskonflikten. Deshalb lautet die vierte Hypothese:

H₄: Minderheiten, welche von einem kulturell oder politisch nahe stehenden Nachbarstaat unterstützt werden, haben bessere Chancen für eine erfolgreiche Sezession und die Errichtung eines de facto souveränen Staats.

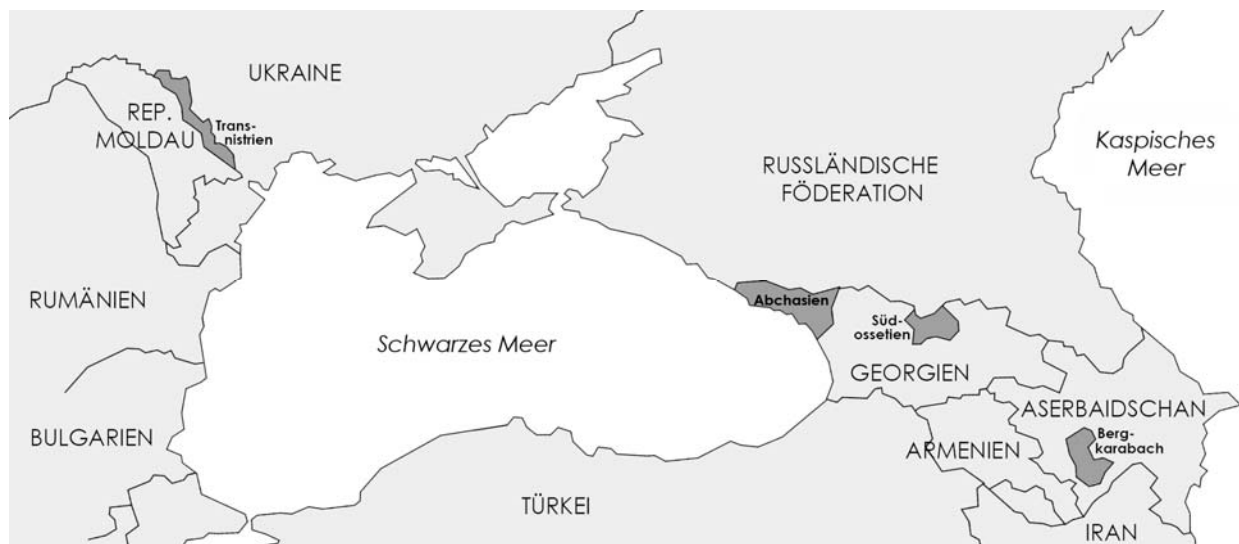
⁸ Das russische Wort „rossijskij” (russländisch) bezeichnet alles dem russischen Staat Zugehörige, während „russkij” (russisch) nur für das ethnisch Russische steht.

4 FALLAUSWAHL

Zur Beantwortung meiner Forschungsfrage führe ich eine Gesamterhebung der *de facto* souveränen Staaten durch. Dabei handelt es sich um Transnistrien (völkerrechtlich zur Republik Moldau gehörend), Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie Bergkarabach (Aserbaidschan). Als Kontrollfälle verwende ich die Region Ida-Viru in Estland sowie Tatarstan in der Russländischen Föderation. Die Kontrollfälle habe ich ausgewählt, um möglichst viel Ähnlichkeit mit meinen Fällen zu erhalten, abgesehen von der Sezession.

Da Transnistrien in der Sowjetunion bzw. in der Moldawischen SSR keine Autonomie oder andere Sonderrechte hatte, drängt sich ein Vergleich mit einem ähnlichen Fall mit einigermaßen konzentrierter russischer Minderheit ohne Autonomie auf. Dafür bieten sich die Ost-Ukraine, Nord-Kasachstan, die lettische Region Daugavpils und Ida-Viru in Estland an. Letztere Region hat im Gegensatz zu den anderen den Vorteil, dass Ida-Viru eine (und die einzige) administrative Einheit mit russischer Mehrheit in Estland bildet, der Rest der Russen lebt grösstenteils in Tallinn (ähnlich wie noch viele moldawische Russen in Chişinău und Bălţi leben). Tatarstan bietet sich als Vergleich zu den südkaukasischen Fällen an, da es wie Abchasien, Südossetien und Bergkarabach in der Sowjetunion über Autonomie verfügte und beim Zusammenbruch der Sowjetunion separatistische Tendenzen bestanden.

Abbildung 2: Lage der *de facto* souveränen Staaten



5 DATENERHEBUNG

Die Daten erfolgt in Form einer Dokumentenanalyse. In die Untersuchung fliessen hauptsächlich wissenschaftliche Publikationen ein, die zum Teil auch aus den betroffenen Ländern bzw. ihren Nachbarländern (Rumänien, Russland) stammen. In einigen Fällen werden auch Zei-

tungsberichte sowie offizielle Dokumente und Publikationen aus der Sowjetzeit beigezogen⁹. Aufgrund der Dokumentenanalyse erfolgt die Kodierung der Fälle mit ‚1‘ oder ‚0‘ für die Kreuztabelle (siehe Kapitel 6).

Die *UV*₁ (zu Hypothese 1) operationalisiere ich mit dem *Autonomiestatus eines Minderheitengebiets innerhalb einer Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR)*. Diese Status sind in den Artikeln 85 und 87 der sowjetischen Verfassung von 1977 festgelegt: Abchasien und Tatarstan waren ASSR, Südossetien und Bergkarabach Autonome Regionen, deshalb werden diese vier Autonomien mit ‚1‘ kodiert, die beiden anderen Fälle mit ‚0‘.

Die Existenz einer „*eigenen nationalen Elite*“ (*UV*₂) ist mit der *Mehrheit der Repräsentanten einer Gruppe in der Führung einer Sowjetrepublik oder Autonomie* zu operationalisieren. Systembedingt war dies in allen Autonomien der Fall, hier stellten die jeweiligen Titularnationen jeweils die Mehrheit in Partei und Verwaltung (vgl. zu Abchasien und Südossetien Gerber 1997: 292, zu Bergkarabach Vsemirnyj Istoričeskij Proekt 2004, zu Tatarstan Archivnaja Služba Respubliki Tatarstan 2008). Aber auch in der Moldawischen SSR stellten aus Transnistrien stammende Personen die relative Mehrheit der Eliten¹⁰. Deshalb wird als einziger Fall Ida-Viru mit ‚0‘ kodiert.

Die dritte unabhängige Variable operationalisiere ich mit dem *Bruttosozialprodukt pro Kopf in einem Minderheitsgebiet im Jahr 1990 im Verhältnis zu jenem der Unionsrepublik, der es angehört*. Relativ wohlhabend waren Transnistrien (King 1999: 186), Bergkarabach (Yamskov 1991: 658f) und Tatarstan (Giuliano 2000: 304), während Abchasien und Südossetien (Kaufman 2001: 99) sowie Ida-Viru (Vetik 2002: 71-75) eher benachteiligt waren.

Zur Operationalisierung der *UV*₄ verwende ich drei Indikatoren, nämlich die *erhaltene militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung von Nachbarstaaten*. Besonders umfangreich fiel diese Unterstützung für Transnistrien aus (vgl. King 1999, Kaufman 2001), aber auch Bergkarabach (vgl. De Waal 2003) sowie Abchasien und Südossetien (vgl. Cornell 2001a, Gruska 2005, Goltz 1993, Kaufman 2001) erhielten im grossen Masse Unterstützung. Ida-Viru (vgl. Laitin 1998) und Tatarstan konnten im Gegensatz dazu nicht auf Hilfe zählen.

6 METHODE UND AUSWERTUNG

Meine Forschungsfrage möchte ich mit einem qualitativen, quasi-experimentellen Forschungsdesign beantworten. Dazu vergleiche ich die Gesamtzahl der Fälle von *de facto*

⁹ Für Details zur Operationalisierung und Datenerhebung vgl. Zollinger 2008: 25, 28-70.

¹⁰ Von den insgesamt 25 Ministerpräsidenten, Parlamentspräsidenten und 1. Parteisekretären zwischen 1945 und 1991 stammten 10 aus Transnistrien und nur 5 aus Bessarabien (vgl. King 199: 100, Stepanjuk 2006: 592 und Enciclopedia Sovietică Moldoveană (1970-1977, Band 1-7)

Souveränität in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (also Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach) mit Fällen, die ähnliche Voraussetzungen hatten, bei denen sich aber keine *de facto*-Souveränität entwickelte, nämlich Ida-Viru und Tatarstan.

Die Auswertung der Daten soll einerseits mit dem von Ragin (1987: 85-102) entwickelten Ansatz erfolgen, andererseits mit einer darauf folgenden detaillierten Analyse der Untersuchungsfälle. Dazu wird eine Matrix (von Ragin als *truth table* bezeichnet) mit einzelnen Zeilen für die jeweiligen Fälle erstellt. Die Spalten stehen für die vorher theoretisch ermittelten Variablen. Für jede Variable wird nun bei jedem Fall geprüft, ob der postulierte Sachverhalt vorliegt (1) oder nicht (0) und das Kästchen entsprechend beschriftet. Die letzte Spalte bezeichnet das Ergebnis, in meiner Untersuchung die *de facto*-Souveränität. Die Fälle mit *de facto*-Souveränität werden hier wieder mit 1 kodiert, die Kontrollfälle, in denen es zu keiner *de facto*-Souveränität kam, mit 0. Tabelle 1 zeigt die Matrix, in welche die Kodierungen der sechs Fälle für die vier Hypothesen eingefügt sind.

Tabelle 1: Matrix zur Datenauswertung nach Ragin (1987).

<i>Fall</i>	<i>UV₁</i> <i>Föderalismus</i>	<i>UV₂</i> <i>Eliten</i>	<i>UV₃</i> <i>Wohlstand</i>	<i>UV₄</i> <i>Unterstützung</i>	<i>Ergebnis</i>
Transnistrien	0	1	1	1	1
Abchasien	1	1	0	1	1
Südossetien	1	1	0	1	1
Bergkarabach	1	1	1	1	1
Ida-Viru	0	0	0	0	0
Tatarstan	1	1	1	0	0

Die Matrix wird nun nach der Booleschen Algebra ausgewertet. Dazu muss die Matrix erst in eine *Boolesche Wahrheitstabelle* umgewandelt werden, welche die vorhandenen Kombinationen aufzeigt und ihre spätere Umwandlung in eine Formel ermöglicht. Dabei verschmelzen die Fälle Abchasien und Südossetien, da sie dieselbe Kombination aufweisen. In der Booleschen Wahrheitstabelle wird die Kodierung der Matrix in Buchstaben umgewandelt, wobei Grossbuchstaben jeweils für eine „1“ stehen und Kleinbuchstaben für eine „0“.

Tabelle 2: Boolesche Wahrheitstabelle

<i>Fall</i>	<i>UV₁</i> <i>Föderalismus</i>	<i>UV₂</i> <i>Eliten</i>	<i>UV₃</i> <i>Wohlstand</i>	<i>UV₄</i> <i>Unterstützung</i>	<i>Ergebnis</i>
Kombination 1	a	B	C	D	S
Kombination 2	A	B	c	D	S
Kombination 3	A	B	C	D	S
Kombination 4	a	b	c	d	s
Kombination 5	A	B	C	d	s

Aus dieser Wahrheitstabelle können nun zwei Formeln gewonnen werden: Eine für die Kombinationen mit dem Ergebnis „1“ (S) und eine für jene mit dem Ergebnis „0“ (s). Dazu werden die einzelnen Kombinationen in Terme umgewandelt, die Kombination 1 beispielsweise in aBCD, wobei die implizierten Multiplikationen für ein logisches „und“ stehen. In den Formeln werden schliesslich alle Kombinationen zusammengefasst, welche zum entsprechenden Ergebnis führten, dabei steht das „+“ für ein logisches „oder“. Entsprechend lauten die Formeln:

$$S = aBCD + ABcD + ABCD$$

$$s = ABCd + abcd$$

Diese vorerst komplizierten Formeln werden durch die Strategie der *Boolean minimization* entscheidend vereinfacht: Wenn sich zwei Kombinationen, welche zum gleichen Ergebnis führen, nur in einer Bedingung unterscheiden (beispielsweise aBCD und ABCD), kann diese Bedingung eliminiert und in einen kürzeren, kombinierten Term umgewandelt werden (BCD) (vgl. Ragin 1987: 93). Dadurch erhält man für das Ergebnis „S“ die folgende Formel:

$$S = BD(A + C)$$

Die beiden Kombinationen, welche zum Ergebnis „s“ führen, haben nur eine gemeinsame Bedingung, während es bei den anderen drei Faktoren offensichtlich keine Rolle spielt, ob sie vorhanden sind oder nicht. Die Formel für „s“ lautet deshalb schlicht $s = d$.

Übersetzt heisst dies, dass das Ergebnis „S“ (Vorhandensein der *de facto*-Souveränität) auftritt, wenn die in UV₂ und UV₄ genannten Sachverhalte vorhanden sind, in Kombination entweder mit der in UV₁ oder in UV₃ genannten Bedingung. Das Vorhandensein einer *nationalen Elite* und die *Unterstützung durch einen kulturell oder politisch nahe stehenden Nachbarstaat* sind also notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen, während das Vorhandensein *föderaler Institutionen auf Republikebene* sowie der *relative Wohlstand eines Minderheitengebiets* konditionale (d.h. nicht hinreichende) Bedingungen sind, sie führen also nur zum Ergebnis *de facto*-Souveränität unter der Bedingung, dass auch eine nationale Elite sowie die Unterstützung durch einen Nachbarstaat vorhanden sind.

Das Ergebnis „s“ (keine *de facto*-Souveränität) hat nur eine Bedingung, nämlich dass der in UV₄ postulierte Sachverhalt nicht zutrifft. Die nicht vorhandene *Unterstützung durch einen kulturell oder politisch nahe stehenden Nachbarstaat* ist deshalb notwendige und hinreichende Bedingung für das Ergebnis *keine de facto*-Souveränität.

Unter Verwendung des Ragin-Ansatzes kann nun also eine Aussage darüber getroffen werden, welche Faktoren für die Entstehung von *de facto*-Souveränität wie wichtig waren. Allerdings ist es nicht möglich festzustellen, ob diese Faktoren gleichzeitig oder nacheinander auf

die abhängige Variable Einfluss genommen haben. Deshalb folgt nun eine detaillierte Analyse der einzelnen Fälle, die Ergebnisse der Ragin-Analyse bespricht und sie insofern ergänzt, als danach auch Aussagen über die zeitliche Abfolge der Faktoren getroffen werden können. Die Durchführung der Ragin-Analyse ist dennoch wichtig um herauszufinden, welche Faktoren wie wichtig sind.

7. ANALYSE

7.1 H₁: Föderalismus auf Republiksebene

Föderalismus auf Republiksebene ist eine konditionale Bedingung für das Zustandekommen von *de facto*-Souveränität, es müssen also auch *nationale Eliten* und die *Unterstützung durch Nachbarstaaten* vorhanden sein, damit es zu *de facto* Souveränität kommt. Fehlt die *Unterstützung durch Nachbarstaaten*, resultiert auch bei vorhandenem Föderalismus keine *de facto* Souveränität, wie das Beispiel Tatarstan illustriert. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch die nicht erfolgte Sezession der anderen ethnischen Republiken der Russländischen Föderation sowie einiger Autonomien in Usbekistan (Karakalpakstan), Aserbaidshan (Naxçıvan), Georgien (Adscharien) sowie Tadschikistan (Gorno-Badachšan) darauf zurückzuführen ist.

In Abchasien, Südossetien und Bergkarabach hingegen spielten die föderalen Institutionen im Kampf um die Unabhängigkeit eine wichtige Rolle, was die Theorien von Roeder (1991, 1999), Dorff (1994) und Cornell (2001a) auch für die Autonomien innerhalb der Unionsrepubliken bestätigt. Wie in diesen Theorien postuliert, wurden die föderalen Strukturen dazu ausgenutzt, um den Separatismus voranzutreiben.

Die konkrete Bedeutung der einzelnen Institutionen während den Sezessionskonflikten sowie wie diese von den Separatisten ausgenutzt wurden, wird gemäss dem von Cornell (2001a: 16-19) erstellten Schema analysiert. Die von ihm aufgestellten Kriterien entsprechen zwei der drei von Roeder (1999: 868ff) erwähnten Gründe für den Ausbruch von Konflikten im Föderalismus: der Institutionalisierung ethnischer Unterschiede durch *power sharing* (Grenzen, Gruppenidentität) sowie der *Proliferation institutioneller Waffen* (staatliche Institutionen, Führung, finanzielle Ressourcen, Massenmedien, Möglichkeit externer Unterstützung). Ergänzend dazu wird die *Polarisierung der Präferenzen* besprochen, die von Roeder als dritter Grund genannt wird.

- *Grenzen*: Das Vorhandensein von Grenzen erleichterte nicht nur die klare Begrenzung des beanspruchten Gebiets, sondern half auch, mögliche Zugriffsversuche des Zentralstaates abzuwenden. Besonders wichtig waren die Grenzen in Südossetien und Abchasien. In Südossetien konnte die regionale Führung im November 1989 den Einmarsch georgischer Natio-

nalisten dank dem Eingreifen sowjetischer Truppen an den Grenzen Südossetiens verhindern (Cornell 2001b: 166, Kaufman 2001: 108). In Abchasien und Südossetien entsprechen die heutigen *de facto*-Staatsgrenzen weitgehend den alten Grenzen innerhalb der Sowjetunion und werden von russischen Friedenstruppen bewacht (Cornell 2001b: 185ff). In Bergkarabach hingegen war die Grenze eher ein Hindernis: Die Autonome Region hatte keine gemeinsame Grenze mit Armenien, umfasste nicht alle armenisch besiedelten Gebiete Aserbaidschans und war aufgrund ihrer exponierten Gebirgslage schwer zu verteidigen. Deshalb wurde weder bei der Unabhängigkeitserklärung 1991 (Hovannisian 1997: 8) noch im Konflikt darauf Rücksicht genommen, stattdessen wurde ein Korridor zum armenischen „Mutterland“ und darüber hinaus eine grosse Pufferzone in Aserbaidschan erobert (De Waal 2003: 183, 212, 215). Dennoch erklärte sich die Führung Bergkarabachs bereit, im Falle eines Friedensschlusses die Pufferzone an Aserbaidschan zurückzugeben und hält damit weitgehend¹¹ an den Grenzen aus der Sowjetzeit fest (De Waal 2003: 255). Auch im zur Zeit der Sowjetunion gar nicht autonomen Transnistrien wurde eine bereits bestehende Grenze „genutzt“, nämlich die Westgrenze der Moldawischen ASSR der Zwischenkriegszeit¹², welche in den Köpfen der Leute auch zu Zeiten der Moldawischen SSR weiter bestand (Brezianu und Spânu 2007: 234f) und auch in der Unabhängigkeitserklärung 1990 festgehalten wurde (Jakovlev 1997: 82).

- *Gruppenidentität*: Die Autonomie ermöglichte den ethnischen Gruppen, eine vom Zentralstaat separate Identität zu schaffen, welche später von den Separatisten zu Mobilisierungszwecken verwendet werden konnte. Den Abchasen gelang es im Gegensatz zu den Mingrelen und Svanen (beides westgeorgische Völker), ihre Sprache und Kultur zu wahren. Ihre Gruppenidentität zeigte sich beispielsweise 1989 sehr deutlich, als sich im Dorf Lychny 30'000 Leute – ein Drittel aller Abchasen – versammelten und die Unabhängigkeit von Georgien forderten. Angeführt wurden sie von der separatistische Organisation *Ajdgylara*. In Südossetien mobilisierte die 1989 gegründete Organisation *Adæmon Nychas* einen Grossteil der Bevölkerung, allerdings weniger aufgrund ihrer Gruppenidentität, sondern als Reaktion gegen die chauvinistischen Tendenzen in Georgien, wo damals eine sehr nationalistische Stimmung herrschte (Kaufman 2001: 98, 106). In Bergkarabach hingegen war die Gruppenidentität der Armenier stark ausgeprägt und führte schliesslich zu einem gemeinsamen Vorgehen von Staat und nichtstaatlichen Organisationen gegen Aserbadischan (De Waal 2003: 11f). Solche Gruppenidentitäten gab es in den Regionen ohne föderale Institutionen kaum.

¹¹ Die Rückgabe des Laçın-Korridor, welcher den direkten Zugang zur Republik Armenien ermöglicht, wurde nicht angeboten.

¹² Die Westgrenze der Moldawischen ASSR folgte dem Lauf des Dnjestr.

So beobachtete Vetik (2002: 94f) bei den Russen Estlands eine *Estonian-mindedness* anstelle einer Identifikation mit Russland. Auch in Transnistrien gab es keine eigentliche Gruppenidentität, die Unterstützung der Separatisten durch die Bevölkerung ist hier mehr auf eine von der Elite bewusst geschürte Angst vor rumänischem Nationalismus zurückzuführen (King 1999: 140, Kolstø 1995: 980).

- *Staatliche Institutionen*: Die Minderheiten mit föderalen Institutionen auf Republikebene besaßen eigene staatliche Institutionen, welche intensiv genutzt wurden, um die Integrität des Zentralstaates zu untergraben. Die wichtige Rolle dieser Institutionen lässt sich sowohl in Abchasien, Südossetien und Bergkarabach als auch in Tatarstan, wo die Errichtung eines *de facto*-Staates nicht glückte, beobachten. In allen diese Gebieten waren es die staatlichen Institutionen, welche Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen verabschiedeten, Referenden veranstalteten und durch ihre Opposition zu den Organen des Zentralstaats die Bevölkerung mobilisierten.
- *Führung*: Offizielle Ämter in den Autonomien gaben den Separatisten die notwendige Legitimität, um ihre Bevölkerung zu mobilisieren. In Abchasien beispielsweise führte die Gründung der Volksfront *Ajdgylara* durch KP-Führungsmitglieder sowie Massenveranstaltungen dazu, dass die Bevölkerung die separatistischen Ziele der Regierung unterstützte (Gerber 1997: 136ff). Auch in Tatarstan ging die Initiative zum Separatismus von Präsident Šajmiev aus, welcher seine Position dazu benutzte, die Bevölkerung erfolgreich mit nationalistischer Rhetorik zu mobilisieren. Keine wichtige Rolle spielte die Führung Bergkarabachs, doch ihre wohlwollende Haltung den Separatisten gegenüber verlieh diesen eine gewisse Legitimität (De Waal 2003: 20ff), und in Südossetien lehnte die Führung die separatistischen Ziele gar ab (Cornell 2001a: 193).
- *Finanzielle Ressourcen*: Entgegen der Annahmen von Cornell (2001a) spielte die finanzielle Autonomie kaum eine Rolle. Südossetien war trotz Autonomie wirtschaftlich stark von Tbilisi abhängig, überstand den Konflikt aber dennoch dank Zuwendungen aus Nordossetien und Moskau (Cornell 2001a: 119). In Bergkarabach war gerade die fehlende finanzielle Selbstbestimmung ein Motivationsgrund für die Sezession (De Waal 2003: 139, Yamskov 1991: 639ff). Im Abchasienkonflikt spielten finanzielle Überlegungen kaum eine Rolle (Kaufman 2001: 99), Cornell (2001a: 179) weist aber darauf hin, dass dank Abchasiens finanzieller Unabhängigkeit von Tbilisi keine wirtschaftlichen Faktoren das sezessionistische Vorgehen von Suchumi unterbinden konnten. Als einziger der untersuchten Fälle hatte wohl Tatarstan dank der finanziellen Unabhängigkeit von der Zentralregierung einen Vorteil, in-

dem es beispielsweise die Erdöleinnahmen, welche zu 50 Prozent direkt an Tatarstan gingen (Mokičev und Nikolaev 1995: 38), zur Stärkung der Souveränität verwenden konnte.

- *Massenmedien*: Die Massenmedien unterstanden jeweils der Kontrolle der Autonomen und wurden deshalb dazu verwendet, die Bevölkerung für die Sezession zu mobilisieren (vgl. Čelechsaty 1994: 312, De Waal 2003: 142). So wurden nicht nur Deklarationen der Regierungen, sondern auch separatistische Aufrufe wie der *Abchasische Brief* publiziert (Ležava 1997: 239). Auch im nicht autonomen Transnistrien wurde die Bedeutung der Massenmedien erkannt und gleich bei der Staatsgründung die russischsprachige Zeitung Tiraspol, *Dnestrovskaja Pravda*, zum offiziellen Organ des transnistrischen Parlaments erklärt (Jakovlev 1997: 84).
- *Ermöglichung externer Unterstützung*: Cornell (2001a: 19) hält den Autonomiestatus eines Minderheitengebiets auch deshalb für wichtig, da durch die Anerkennung dieses Status die Unterstützung durch ein anderes Land wahrscheinlicher sei. Die Untersuchungsfälle legen diesen Schluss aber nicht nahe: Transnistrien erhielt trotz fehlendem Autonomiestatus massive Hilfe aus Russland, während Tatarstan (gleich wie alle anderen ethnischen Republiken der russländischen Föderation mit Ausnahme Tschetscheniens) nicht von anderen Ländern unterstützt wurde. Wichtiger als der Autonomiestatus einer Region war diesbezüglich eher die kulturelle und politische Verbundenheit zu einem Nachbarland¹³.
- *Polarisierung der Präferenzen*: Ende der 1980er Jahre zeigte sich, dass sich die regionalen Parteiführungen mit Nationalismus und Distanzierung vom Zentrum zu profilieren versuchten, um beim Übergang zur Demokratie nicht die Macht zu verlieren (Roeder 1999: 869f, Dorff 1994: 104). In Georgien zeigte sich dieser Prozess in doppelter Hinsicht: Die georgische Führung in Tbilisi fuhr einen radikal nationalistischen Kurs und distanzierte sich klar von Moskau, die Abschaffung der Autonomen wurde diskutiert (Gerber 1997: 140). Die Abchasen und Südosseten lehnten eine mögliche georgische Sezession hingegen ab, weil sie befürchteten, in einem Nationalstaat ihre kulturellen und politischen Privilegien zu verlieren – ihre Führungen distanzieren sich deshalb vom Zentrum in Tbilisi, wodurch aufgrund des gemeinsamen Feindes Zweckbündnisse mit dem sowjetischen Zentrum in Moskau entstanden (Gruska 2005: 26, Tishkov 1999: 587f). Diese Bündnisse wurden durch die Tatsache verstärkt, dass Abchasien und Südossetien viel stärker russifiziert waren als Georgien (Cornell 2001b: 163, Gerber 1997: 120). Daraus resultierte eine Polarisierung der Präferenzen: Während die georgische Führung auf Unabhängigkeit drängte, führten die Autoritäten in den Autonomen eine klar pro-sowjetische, aber nicht minder nationalistische Politik. Das-

¹³ Darauf wird in Kapitel 6.4 genauer eingegangen.

selbe lässt sich in Bergkarabach beobachten. Auch in Aserbaidschan wandte sich die Führung von der kommunistischen Ideologie ab und vertrat eine immer nationalistischere Politik, da die alte Elite auch nach Einführung der Demokratie noch an der Macht bleiben wollte (Kaufman 2001: 69f). Dies bedeutete allerdings auch die Unterdrückung und Diskriminierung der Minderheiten (Astourian 1994: 95). Bei den Minderheiten wiederum wurde so das ohnehin schon vorhandene Sicherheitsdilemma verstärkt (Kaufman 2001: 69f), was die Führung von Bergkarabach dazu veranlasste, immer weiter reichende Vollmachten und den Anschluss an Armenien zu fordern (De Waal 2003: 11ff). Auch in Tatarstan wandte sich die KP-Führung unter dem autoritären Šajmiev vom Zentrum ab und vertrat statt den Zielen des Kommunismus fortan die nationale Selbstbestimmung der Tataren (USCSCE 1992: 5).

In den vier untersuchten Fällen mit Autonomie spielte der Föderalismus eine entscheidende Rolle im Kampf um mehr Souveränität. In allen vier Fällen spielte sich derselbe Prozess ab: Durch die politische Öffnung ab 1985 war es den Parteiführungen erstmals möglich, nationalistische Politik zu machen; um auch unter demokratischen Bedingungen an der Macht zu bleiben war dies sogar notwendig. Dies führte in Unionsrepubliken mit untergeordneten Autonomien zu Konflikten zwischen der Republikführung und den Führungen der Autonomien. Da den Letzteren die föderalen Institutionen ihrer Autonomien zur Verfügung standen, hatten sie institutionelle Waffen, um sich gegen das Zentrum zu wehren, was in Sezessionismus mündete. Da der Föderalismus auch die Gruppenidentitäten innerhalb der einzelnen Autonomien stärkte, wussten die Führungen jeweils ihr Volk hinter sich, was die Mobilisierung erleichterte.

Der Föderalismus war damit eine wichtige Voraussetzung, um den Sezessionsprozess überhaupt ins Rollen zu bringen und spielte damit vor allem zu Beginn der Konflikte eine Rolle: Beim Zerfall der Sowjetunion bot sich den Führungen der Autonomien ein *window of opportunity*, mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Institutionen einen Sezessionsversuch zu unternehmen. Für den Erfolg dieser Bestrebungen waren dann allerdings auch andere Faktoren – insbesondere auswärtige Hilfe – entscheidend.

Das Ergebnis bestätigt damit die Ansichten von Cornell (2001a), Roeder (1999) und Dorff (1994): Im postsowjetischen Raum förderte der Föderalismus den Sezessionismus. Allgemeine Aussagen über den Föderalismus sind damit dennoch schwer zu machen, da in der Sowjetunion kein demokratischer Föderalismus vorhanden war bzw. die Einführung der Demokratie den Föderalismus scheitern liess. Aufgrund des Mangels an Demokratie entsprach der sowjetische Föderalismus Lijpharts (1977) Prinzipien des *consociationalism* nicht, womit der Zerfall der Nachfolgestaaten der Sowjetunion seiner Föderalismus-Theorie nicht widerspricht.

7.2 H₂: Nationale Eliten

Das Vorhandensein von nationalen Eliten war eine notwendige Bedingung für die Sezession und Errichtung eines *de facto*-Staats nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Dies bestätigt die diesbezüglichen Annahmen von Roeder (1991) und Beissinger (1992, 1998). Im Sezessionsprozess spielten die Eliten vor allem für die *Distanzierung vom Zentrum* sowie für die *Mobilisierung der Bevölkerung* eine wichtige Rolle.

Dank der sowjetischen *Korenizacija*-Politik der Sowjetunion entwickelte sich bei fast allen Minderheiten mit Autonomie eine eigene Elite, da sie in den Institutionen ihrer territorialen Einheit meist überproportional vertreten waren. Dies war in allen untersuchten Autonomien der Fall. Einen Sonderfall stellt aber Transnistrien dar: Obwohl die linksdnjestrischen Gebiete der Moldawischen SSR keine Autonomierechte genossen, verfügten sie über eine Elite in ihrer Unionsrepublik. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einerseits wurde die Moldawische SSR erst nach dem 2. Weltkrieg gegründet und damit nach der grossen *Korenizacija*-Welle in der Zwischenkriegszeit – ethnische Moldauer wurden deshalb in den Verwaltungsstrukturen ihrer Unionsrepublik nicht bevorzugt. Andererseits wurde die linksdnjestrische Bevölkerung – ungeachtet ihrer Nationalität – durch ihre längere Zugehörigkeit zur Sowjetunion als loyaler zu Moskau angesehen und gelangte deshalb vorwiegend in die Führungspositionen in der Moldawischen SSR. So konnte sich eine separate transnistrische Elite bilden: Bis zum Ende der Sowjetunion wurde in Moldawien zwischen links- und rechtsdnjestrischen Kadern unterschieden (vgl. Smirnov 1987: 2). Die linksdnjestrische Elite dominierte das politische Geschehen bis 1985 und hatte auch danach die moldawische Wirtschaft und die linksdnjestrischen Stadt- und Rayonsverwaltungen weitestgehend unter ihrer Kontrolle (Troebst 2003b: 189f, 199). Im Gegensatz dazu konnten die Russen von Ida-Viru (und anderen Gegenden Estlands) nie eine eigene Elite etablieren, da dort die *russischen Esten* als am loyalsten angesehen wurden und deshalb in der Staatsführung übervertreten waren.

Die *Distanzierung vom Zentrum* wurde für die Eliten gegen Ende der 1980er Jahre rational. Die Abwendung vom Zentrum bedeutete für die Eliten der sezessionistischen Minderheiten aber nicht die Abwendung von Moskau, wie dies bei den Eliten der Titularnationen von Unionsrepubliken der Fall war (vgl. Beissinger 1992: 153), sondern die Abwendung vom Zentrum ihrer jeweiligen Unionsrepublik und deshalb auch die Zuwendung zu Moskau. Die Minderheiten innerhalb der Unionsrepubliken fürchteten sich nämlich vor dem Nationalismus der Titularnationen, was dazu führte, dass für sie der Verbleib im Vielvölkerstaat Sowjetunion als eine attraktivere Option erschien als die Zugehörigkeit zu einem neuen Nationalstaat. In den

Autonomien verwendeten die Eliten die institutionellen Waffen, um sich gegen den Zentralstaat zu stellen. Der transnistrischen Elite gelang es dank der Unterstützung durch Moskau und der Dominanz über die moldauische Wirtschaft ebenfalls, sich solche Waffen zu schaffen – nämlich durch die Errichtung paralleler staatlicher Strukturen innerhalb der Moldawischen SSR: Ab 1990 wurde ein eigenes Parlament geschaffen, ein Präsident gewählt sowie eine Armee und eine Nationalbank gebildet (Kaufman 1996). Mit diesen Institutionen konnten die Separatisten ihre Unabhängigkeit gegenüber Chişinău verteidigen.

Aufgrund ihrer Funktion in der Sowjetunion hatten die nationalen Eliten aber nicht nur die nötigen Institutionen, um sich gegen das Zentrum zu stellen, sondern auch Möglichkeiten, die *Massen zu mobilisieren* (vgl. Roeder 1991: 205f). Dies geschah nicht nur durch die ihnen gegebenen institutionellen Waffen, sondern auch durch die Gründung bzw. Unterstützung separatistischer Volksbewegungen (*Ajdgylara* in Abchasien, *Krunk* in Bergkarabach), die Organisation von Massenveranstaltungen (Lychny-Versammlung in Abchasien, Demonstrationen in Bergkarabach) sowie durch die Durchführung von Unabhängigkeitsreferenden, die in allen Untersuchungsfällen stattfanden. Im Fall Bergkarabachs ist umstritten, ob diese Sezession allerdings von der Parteielite oder von den parteifernen Massen geleitet wurde. Abrahamian (2001: 117) ist der Ansicht, dass vorwiegend die sowjetische Nomenklatura Bergkarabachs einen Kampf gegen Aserbaidschan geführt habe und die Bevölkerung lediglich die Rolle der „Vasallen“ gespielt habe. Kaufman (2001) hält Bergkarabach hingegen für ein typisches Beispiel von *mass-led violence*, als Beweis dafür führt er die Grossdemonstrationen in Stepanakert und Jerevan sowie die Petition vom Januar 1988 an. Melander (2001) hält dagegen, dass die Massen die Sezession zwar unterstützten, dass es mit einer moderateren Elite aber im Sommer 1991 zu einem Friedensschluss gekommen wäre. Stattdessen gelangte damals ein radikaler Parteiflügel an die Macht, welcher Bergkarabach zur Sezession führte.

In Tatarstan gab es zwar verschiedene parteiunabhängige nationalistische Organisationen, diese spielten beim Sezessionsversuch aber eine Randrolle (vgl. Giuliano 2000), bedeutend wichtiger war die Sezessionspolitik der Staatsführung um Mintimer Šajmiev. Zu einer eigentlichen Mobilisierung der Bevölkerung mit Massenveranstaltungen kam es in Tatarstan nicht, einzig wurde 1992 ein Unabhängigkeitsreferendum durchgeführt.

Ausschliesslich von den Eliten geführt war die Mobilisierung der transnistrischen Bevölkerung. Die linksdnjestrische Wirtschaftselite befürchtete aufgrund der von Chişinău angekündigten Wirtschaftsreformen und der Abkehr von der sowjetischen Wirtschaft den Verlust ihres Besitzes, ihres Einflusses und ihrer Arbeitsplätze (Kaufman 2001: 147f, Troebst 2003b: 188) und begann deshalb, die Bevölkerung für ihre Ziele zu mobilisieren. Dies geschah wie in den

anderen Fällen über die Massenmedien und die Gründung von separatistischen Organisationen. Die transnistrischen Massenmedien schürten die Angst vor dem rumänischen Nationalismus und lösten so ein Sicherheitsdilemma in der Bevölkerung aus (Kaufman 1996: 126f). Die Gründung des *Vereinigten Rates der Arbeitskollektive*¹⁴ (OSTK) vereinigte die industrielle Elite und machte die Durchführung von Referenden (welche zuerst von dem OSTK organisiert wurden) möglich (King 1999: 189). Nach einer ersten Zusammenkunft eines *Kongresses der nationalen Abgeordneten aller Niveaus* aus den linksdnjestrischen Rayons und der Stadt Tighina im Juni 1990 (Stepanjuk 2006: 401) gründete am 2. September ein provisorisches Parlament die Transnistrische Moldawische Republik. Die Sezession wurde fast ausschließlich von der Elite durchgeführt, praktisch ohne Beteiligung der Bevölkerung. Ein solcher Prozess wäre in Ida-Viru nicht möglich gewesen, da die dortige russischsprachige Bevölkerung keine eigenen Eliten hatte, deren Macht über die Region hinausging.

Der Vergleich zeigt, dass sich die nationalen Eliten in den verschiedenen Untersuchungsfällen stark unterschiedlich verhielten: In Transnistrien, Abchasien und Tatarstan waren sie die Triebfedern der Sezessionsbewegungen, während sich ihre Rolle in Bergkarabach auf die Kooperation mit den Separatisten beschränkte; in Südossetien verhielt sich die Partielite ihnen gegenüber sogar ablehnend. Besonders wichtig war sie in Transnistrien, da dort keine föderalen Institutionen vorhanden waren, die Existenz einer nationalen Elite machte dort den Mangel an Autonomie wett. In den Fällen mit Autonomie hingegen zeigte sich, dass die föderalen Institutionen für den Sezessionskampf ausreichten, für eine erfolgreiche Sezession war es unwesentlich, ob die institutionellen Waffen von der Partielite (wie in Abchasien) oder parteiunabhängigen Aktivisten (wie in Südossetien) betätigt wurden.

7.3 H₃: Wirtschaftliche Aspekte der Sezession

Der relative Wohlstand eines Minderheitengebiets ist nur eine konditionale Bedingung für eine erfolgreiche Sezession. Die Theorien von Hale (2000), Fearon und Laitin (2003) und Roeder (1991) treffen nur für die Fälle Bergkarabach, Tatarstan und Transnistrien zu.

Bergkarabach illustriert diese Theorien ideal: Bereits in den 60er Jahren war es dort zu Ausschreitungen wegen des Ressourcenabflusses in andere Regionen Aserbaidschans gekommen (Cornell 2001b: 77), dieselben Argumente wurden dann auch zur Mobilisierung verwendet, als der Konflikt 1988 losbrach (Yamskov 1991: 640f). Auch das rohstoffreiche Tatarstan trachtete aus wirtschaftlichen Gründen nach mehr Souveränität, insbesondere im Vorfeld des Unabhängigkeitsreferendums vom März 1992 betonte die tatarische Regierung die wirtschaft-

¹⁴ russisch: Ob`edinennyj Sovet Trudovych Kollektivov

lichen Vorteile der Souveränität (USCSCE 1992: 7). Nach der Annahme des Referendums machte Moskau den Tataren weitreichende wirtschaftliche Zugeständnisse (vgl. Mokičev und Nikolaev 1995: 38), verknüpfte diese aber mit der Zugehörigkeit zur Russländischen Föderation (Müller 1998: 25f).

Ein Sonderfall ist Transnistrien, das innerhalb der Moldawischen SSR die Wirtschaft dominierte. Hier verhielten sich die Eliten entsprechend der Annahmen von Horowitz (1985: 245ff), indem sie für die Erhaltung des gemeinsamen sowjetischen Marktes eintraten, da ein Bruch mit der sowjetischen Planwirtschaft und dem von Moskau dominierten sowjetischen Markt für die linksdnjestrischen Fabrikdirektoren mit Besitz- und Einflussverlust verbunden gewesen wäre (Johansson 2006: 509). Da aber Chişinău mit der Sezession von der Sowjetunion genau das Gegenteil davon forderte, führte dies letztlich zur Abspaltung der linksdnjestrischen Gebiete, die weiterhin am Sowjetmarkt teilhaben wollten. Der relative Wohlstand gab den Transnistriern die finanzielle Möglichkeit dazu.

In den Konflikten in Abchasien und Südossetien hingegen spielten wirtschaftliche Erwägungen kaum eine Rolle, beide Regionen hatten keinen Ressourcenabfluss nach Tbilisi zu befürchten. Abchasien war wirtschaftlich weitgehend unabhängig von Georgien, was immerhin bewirkte, dass wirtschaftliche Überlegungen die Abchasen nicht von ihren Sezessionsbestrebungen zurückhielten. Der Fall Südossetien hingegen entspricht überhaupt nicht den Überlegungen von Hall und Roeder, sondern viel eher dem von Horowitz (1985: 238ff) beschriebenen Muster *rückständiger Gruppen in rückständigen Regionen*: Neue Gesetze, welche die georgische Dominanz im Staat festigten, insbesondere das restriktive und minderheitenfeindliche georgische Sprachengesetz, führten in der südossetischen Bevölkerung zu einem Sicherheitsdilemma, welches trotz wirtschaftlicher Abhängigkeit zur Sezession führte.

Der Vergleich zeigt, dass die theoretischen Annahmen von Hale (2000) und Roeder (1991) nur auf Bergkarabach und Tatarstan vollständig sowie auf Transnistrien teilweise zutreffen, wobei die Sezession in Tatarstan nicht einmal erfolgreich war. Wie sich im Falle Tatarstans zeigte, führte der zu intensiv geführte Kampf um wirtschaftliche Ressourcen nicht unbedingt zu mehr Souveränität. Da die wirtschaftlichen Ziele wichtiger als die politischen waren, konnte dies vom Zentrum ausgenutzt werden. Indem es den Sezessionisten wirtschaftliche Konzessionen macht, bindet es diese so stark ans Zentrum, dass eine Sezession schliesslich nicht mehr möglich ist. Die Führungen in Chişinău und Baku machten im Gegensatz zu Moskau den Fehler, die wirtschaftlichen Privilegien der Minderheit anzugreifen bzw. die Minderheit wirtschaftlich zu benachteiligen, was dazu führte, dass diese durch die Sezession nichts mehr

zu verlieren hatten. Mit wirtschaftlichen Konzessionen an die Minderheiten hätten Chişinău und Baku den Separatisten wohl viel Wind aus den Segeln nehmen können.

Es ist somit festzustellen, dass der Ansatz von Horowitz (1985), der im Widerspruch zu jenem von Hale (2000) und Roeder (1991) steht, teilweise auf die untersuchten Fälle anwendbar ist, nämlich auf Südossetien sowie in eingeschränktem Masse auf Transnistrien. Damit kann keine allgemeine Aussage über den Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf die Entstehung von *de facto*-Souveränität beim Zusammenbruch der Sowjetunion getroffen werden. Im Gegensatz zum Ergebnis der Ragin-Analyse ist festzuhalten, dass der relative Wohlstand irrelevant war.

7.4 H₄: Externe Unterstützung

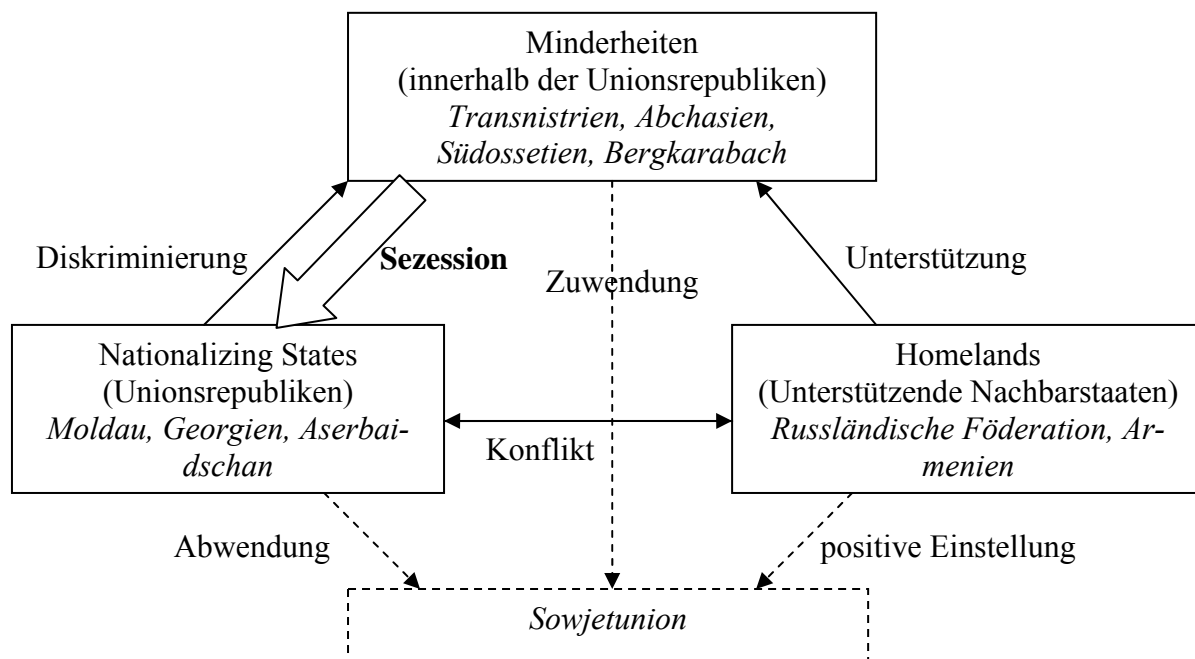
Die externe Unterstützung ist der wichtigste Faktor der Entstehung *de facto* souveräner Staaten in der ehemaligen Sowjetunion: Sie ist eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Sezession. Die fehlende Unterstützung durch Nachbarländer ist ausserdem notwendige und hinreichende Bedingung für das Nichtgelingen einer Sezession.

Russische Studien erwähnen zwischen 76 und 300 separatistische Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre (Tishkov 1999: 577). Nur jenen vier Minderheiten, welche externe Unterstützung zu generieren vermochten, gelang die Sezession und die Erhaltung der *de facto*-Souveränität bis heute¹⁵. Ein Vorteil für die Sezessionisten war dabei, dass die Hilfeleistungen nicht als Eingriff in interne Konflikte eines Nachbarstaates und deshalb als sehr riskant (vgl. Horowitz 1985: 272) wahrgenommen wurden. Die untersuchten Sezessionskonflikte begannen nämlich bereits, als die Sowjetunion noch existierte. Die Unterstützung der Bewegungen in Transnistrien, Abchasien und Südossetien war daher für die sowjetische Führung kein Eingriff in einen ausländischen Konflikt, sondern eine Massnahme, um die Macht im eigenen Land zu stabilisieren – dazu konnte man schliesslich auch auf die in den betroffenen Gebieten stationierten sowjetischen Armeeeinheiten zählen. Auch nach der Auflösung der Sowjetunion war es weiterhin im Interesse Moskaus, die sezessionistischen Regionen in den Nachfolgerepubliken zu unterstützen, um seine Macht in der Region zu erhalten (vgl. Goltz 1993). Das Vorhandensein russischer Militäreinheiten ermöglichte die Unterstützung der Sezessionisten, legitimiert war sie durch die Tatsache, dass die betroffenen Minderheiten als dem russischen Staat (als *russkojazyčnie* und *sootečestvenniki*) zugehörig betrachtet wurden. In Armenien stand der Konflikt in Bergkarabach zuoberst auf der politischen Agenda, was einen Prioritätenwechsel (vgl. Horowitz 1985: 273) unmöglich machte.

¹⁵ Ausserdem war Tschetschenien zeitweise *de facto* unabhängig, verlor diese Souveränität im 2. Tschetschenienkrieg ab 1999 wieder.

Die Sezession verlief in allen vier Fällen nach dem gleichen Schema: Die Minderheit strebt eine Loslösung vom nationalistischen Zentralstaat an und führt aufgrund der erwarteten Hilfe aus dem Ausland eine aggressive Politik gegen das Zentrum, was in einen bewaffneten Konflikt mündet. Der Konflikt wird von den Separatisten gewonnen, in einem Waffenstillstand wird der Status Quo und damit die *de facto*-Souveränität bestätigt. In allen Fällen entspricht dieser Konfliktverlauf auch dem von Brubaker (1996) beschriebenen Modell des *triadic nexus*: Moldau, Georgien und Aserbaidschan waren zu Beginn der 1990er Jahre typische *nationalizing states*, was die dortigen Minderheiten dazu veranlasste, sich mit der Bitte um Unterstützung an ihre *homelands* zu wenden. Diese trugen dann entscheidend zum militärischen Erfolg im Sezessionskampf bei und sicherten das wirtschaftliche Überleben dieser Regionen.

Abbildung 3: Brubakers *triadic nexus* und das Verhältnis zur Sowjetunion in den Sezessionskonflikten innerhalb der (ehemaligen) sowjetischen Unionsrepubliken



Die Moldawische SSR zeigte sich durch den wachsenden Einfluss der Nationalbewegung *Volksfront*, welche die Wiedereinführung des Rumänischen mit lateinischen Buchstaben als einzige Amtssprache sowie zeitweise auch die Vereinigung mit Rumänien forderte, als *nationalizing state*. Die östlich des Dnjestr gelegenen Rayons waren aber fast vollständig russifiziert, die Elite pflegte enge Bindungen zu Moskau (Troebst 2003b: 208) und sah Russland als ihr *homeland* an. Aufgrund der politischen Rückendeckung aus Moskau riskierten die Separatisten die Konfrontation mit Chişinău, da sie mit militärischer Unterstützung rechneten (Kaufman 1996: 130). Diese traf auch im erwarteten Ausmass ein und war im Konfliktverlauf entscheidend (Kolstø 2002: 270). Auch sicherte die Unterstützung Russlands die längerfristi-

ge *de facto*-Souveränität Transnistriens, indem russische Friedenstruppen die *de facto*-Grenze zur Republik Moldau absichern (Gabanyi 1996: 34).

Noch stärker als in Moldawien war die nationalistische Bewegung in Georgien. Neben der Distanzierung von Moskau forderten die Nationalisten die politische Dominanz der Georgier innerhalb Georgiens, was einherging mit der Beschränkung der Minderheiten-Privilegien (Kaufman 2001: 85), es wurde sogar die Abschaffung der Autonomien gefordert (Gerber 1997: 143). Aufgrund dieser Politik fanden es die Abchasen und Osseten nicht mehr zumutbar, im georgischen Staat zu verbleiben (Cornell 2001b: 163, Kaufman 2001: 98), weshalb sie sich mit der Bitte um Unterstützung an ihr *homeland*, die Russländische Föderation, wandten (Kokeev 1993: 15). Die Identifikation Abchasiens und Südossetiens mit Russland ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung dieser Regionen viel stärker russifiziert ist als im Rest Georgiens (Cornell 2001b: 163), da diese Minderheiten für das Leben in der Sowjetunion ohnehin eine Fremdsprache lernen mussten und dabei eher das in der ganzen Union verbreitete Russische wählten als das Georgische (Gruska 2005: 22). Deshalb konnten sich die Minderheiten besser mit einer russischen Identität abfinden als mit einer georgischen (Gerber 1997: 120), was sie zu *russkojazyčnie* machte. Auch in den Konflikten in Abchasien und Südossetien wird die russische Unterstützung als entscheidend angesehen (Goltz 1993: 104), wie in Transnistrien sichern auch hier russische Friedenstruppen die *de facto*-Souveränität ab (Cornell 2001b: 185ff).

Der Nationalismus war in Aserbaidshan weniger radikal als in Moldawien und Georgien, dennoch richteten sich die Forderungen auch gegen die Privilegien der Minderheiten (Astourian 1994: 95). Da die Mehrzahl der Bevölkerung Bergkarabachs Armenier sind, ist ihr *homeland* das benachbarte Armenien. Die Rolle als *homeland* wurde auch von der Bevölkerung Armeniens so wahrgenommen, sie bewies diese Haltung in Grossdemonstrationen, welche 1988 in Jerevan stattfanden (Rutland 1994: 842). Die bergkarabachischen Separatisten konnten sich deshalb auf Hilfeleistungen aus Armenien verlassen (Melander 2001: 53), welche für die erfolgreiche Sezession entscheidend waren, insbesondere im Hinblick auf die zahlenmäßige Unterlegenheit der Armenier Bergkarabachs gegenüber den Aserbaidshanern sowie wegen der schwer zu verteidigenden Lage Bergkarabachs ohne Anschluss an das armenische Mutterland (Cornell 2000: 41). Anders als in den anderen drei Fällen kam es nach dem Waffenstillstand nicht zur Stationierung von Friedenstruppen. Die *de facto*-Souveränität ist unter anderem deswegen gesichert, weil mit armenischer Hilfe in den letzten Kriegsmonaten eine grosse Pufferzone im eigentlichen Aserbaidshan unter Kontrolle gebracht worden war (De Waal 2003: 215ff).

Auffallend ist, dass besonders jenen Minderheiten, welche stark sowjetisiert waren, eine erfolgreiche Sezession gegen die neuen *nationalizing states* gelang. Diese starke Verbundenheit mit der Sowjetunion führte einerseits zur Ablehnung des Nationalismus der Titularnation ihrer Unionsrepublik, andererseits zu einer Orientierung nach Moskau, das nach wie vor als eigentliches Zentrum wahrgenommen wurde. Wie sich zeigte, förderte auch Moskau diesen Prozess – vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, um die sezeptionswilligen Unionsrepubliken zu schwächen, danach unter anderem, weil die enge Kooperation mit diesen Minderheiten bereits bestand sowie um den politischen Einfluss in der Region nicht zu verlieren.

Die beiden Beispiele Tatarstan und Ida-Viru hingegen zeigen, dass die Sezession und die darauffolgende Errichtung eines *de facto* souveränen Staates ohne externe Unterstützung nicht möglich ist. Ida-Viru hatte zwar mit der Russländischen Föderation ein *homeland*, dieses unterstützte aber keine separatistischen Bestrebungen – unter anderem wohl auch, weil die Russen Estlands weder eigene föderale Institutionen noch eine eigene Elite hatten und damit schlecht organisiert waren. Tatarstan hingegen hatte kein *homeland*, von dem es Hilfe erwarten konnte, zudem erschwerte die Lage inmitten Russlands eine mögliche Sezession.

In der ehemaligen Sowjetunion kam es zu zahlreichen weiteren Sezessionsversuchen - üblicherweise von Minderheiten mit territorialer Autonomie. Innerhalb der Russländischen Föderation waren die separatistischen Tendenzen in Tschetschenien, Baschkortostan, Kalmückien und Jakutien besonders stark. Auch in der georgischen Autonomen Republik Adscharien, der vorwiegend von Russen besiedelten Halbinsel Krim in der Ukraine oder Karakalpakstan in Usbekistan wurden Rufe nach mehr Souveränität laut – all diese Sezessionsversuche von Minderheiten, welche in der Sowjetunion Autonomie genossen hatten, scheiterten aber. Die betroffenen Minderheiten hatten jeweils keine *homelands*, also keine Nachbarstaaten, welche sie unterstützten.

Ein Sonderfall ist Tschetschenien, das 1991 die Unabhängigkeit erklärt hatte und diese auch im ersten Tschetschenienkrieg bewahren konnte (Gall und De Waal 1998: 103ff). Nach dem Krieg kam es aber zu einem innenpolitischen Chaos, welches 1999 zu einem erneuten russischen Einmarsch führte, welcher die *de facto*-Souveränität Tschetscheniens beendete. Dies zeigt, dass ohne externe Unterstützung zwar ein Sezessionsversuch und die zwischenzeitliche *de facto*-Unabhängigkeit erreicht wurde, der *de facto*-Staat aber nicht stabilisiert und militärisch abgesichert werden konnte und deshalb die Souveränität wieder verlor.

Zahlreichen Völkern der ehemaligen Sowjetunion gelang allerdings nicht einmal ein Sezessionsversuch, da sie weder eigene Institutionen oder eigene Eliten noch unterstützende Nachbarstaaten hatten. So forderten die Awaren und einige andere dagestanische Völker mehr

Souveränität (Cornell 2001b: 272ff) und die im Norden Aserbaidschans und im Süden Dagestan sesshaften Lesginer versuchten sich in einer Entität zu vereinigen (Cornell 2001b: 268ff). Die in der georgischen Region Džavacheti siedelnden Armenier verlangten mehr Autonomie bzw. den Anschluss an Armenien, konnten sich aber nicht durchsetzen. Sie erhielten von Armenien unter anderem deshalb keine Unterstützung, weil das von Aserbaidschan und der Türkei blockierte Land die Beziehungen zu Georgien nicht aufs Spiel setzen wollte (Cornell 2001a: 107).

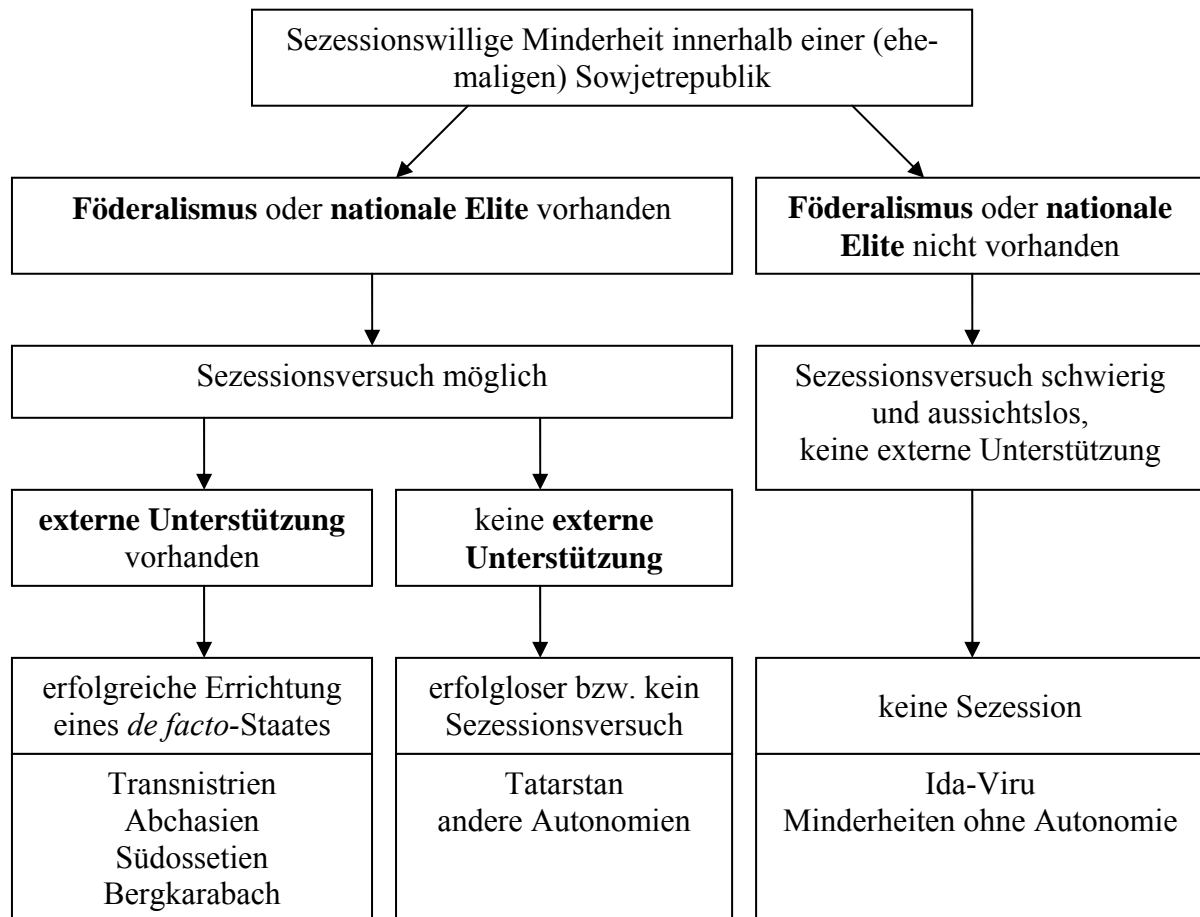
8 SCHLUSS

Die Entstehung von *de facto* souveränen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion lässt sich auf drei Faktoren zurückführen: föderalistische Strukturen, nationale Eliten sowie externe Unterstützung durch kulturell oder politisch nahe stehende Nachbarstaaten. Dieses Ergebnis beruht einerseits auf einer Ragin-Analyse, welche den unterschiedlich starken Einfluss der verschiedenen Faktoren nachwies, insbesondere die herausragende Wichtigkeit der externen Unterstützung. Die Ergebnisse lassen allerdings keine Aussagen zur zeitlichen Abfolge dieser Einflussfaktoren zu, was deshalb in einer detaillierten Fallanalyse geklärt werden musste, in welcher die konkreten Konfliktverläufe genauer betrachtet wurden.

Diese drei identifizierten Faktoren spielten nämlich unterschiedliche Rollen und waren zu verschiedenen Zeitpunkten im Verlauf der Sezessionskonflikte unterschiedlich wichtig. Der Föderalismus trug entscheidend zum Entstehen der Sezessionskonflikte und zur Mobilisierung der Bevölkerung bei. Ab 1985 führte der Demokratisierungsprozess in der Sowjetunion zu einer Welle des Nationalismus in den Unionsrepubliken und Autonomen. Die politischen Führungen der Unionsrepubliken befürchteten, durch die Demokratisierung ihre Macht zu verlieren und übernahmen deshalb ebenfalls nationalistische Agenden. Als Antwort auf den Nationalismus in den Republiken entstanden in den ihnen untergeordneten Autonomen secessionistische Bestrebungen. Da das föderalistische System die Autonomen mit institutionellen Waffen ausgestattet hatte, konnten diese erfolgreich gegen die Zentren der jeweiligen Unionsrepubliken bzw. der späteren unabhängigen Staaten angewandt werden. Sie erlaubten den Führungen der Autonomen, die Bevölkerung zu mobilisieren, Referenden durchzuführen und die Unabhängigkeit zu erklären, damit waren sie verantwortlich dafür, dass überhaupt ein Sezessionsversuch stattfinden konnte. Auch ohne Föderalismus konnte es aber zu Sezessionsversuchen kommen, nämlich dann, wenn die Minderheit über eine eigene Elite mit grossem Einfluss in der Unionsrepublik verfügte. Dies zeigt der Fall Transnistrien. Hier war entscheidend, dass die linksdnjestrische Elite, welche zuvor im moldawischen Staat sehr mächtig ge-

wesen war, eigene Institutionen aufzubauen und Unterstützung aus Moskau zu generieren vermochte. Diese Elite machte die fehlende Autonomie wett.

Abbildung 4: Einfluss der untersuchten Faktoren auf die Sezession



Föderale Institutionen und nationale Eliten befähigten die Minderheiten zwar, einen Sezessionsversuch zu machen, der Erfolg dieses Versuchs hing aber davon ab, ob die Minderheit Unterstützung aus einem kulturell oder politisch nahe stehenden Nachbarstaat erhielt. Die erwartete Unterstützung sorgte dafür, dass die Separatisten keine Konzessionen in Verhandlungen mit der Zentralregierung eingingen (wie es Tatarstan tat), sondern die Abspaltung konsequent verfolgten und das Risiko eines bewaffneten Konflikts eingingen. Trotz numerischer Unterlegenheit konnten dank der externen Hilfe die so entstandenen Konflikte militärisch gewonnen werden, was den Sezessionisten die Kontrolle über das beanspruchte Territorium ermöglichte und damit zur Errichtung der *de facto*-Staaten führte. Auch die längerfristige Etablierung und Stabilisierung dieser Staaten ist auf die externe Unterstützung zurückzuführen, da die unterstützenden Nachbarstaaten die *de facto*-Souveränität jeweils mittels Waffenstillstandsabkommen festschrieben und danach die Grenzen der *de facto*-Staaten mit Friedenstruppen absicherten. Minderheiten mit föderalen Institutionen oder nationalen Eliten, die nicht

auf externe Unterstützung zählen konnten, gelang hingegen die Sezession nie. Einzig Tschechien war zeitweise *de facto* souverän, verlor diese Souveränität aber, da es nicht imstande war, selbst die Grenzen zu Russland zu sichern.

Die Abbildung 4 stellt den Einfluss der untersuchten Faktoren dar, welche mit der Ragin-Analyse identifiziert wurden, deren zeitliche Abfolge aber erst in der darauf folgenden detaillierten Fallanalyse herausgefunden werden konnte: Die externe Unterstützung ist zwar die wichtigste aller Bedingungen, kam aber erst zum Tragen, nachdem die Konflikte bereits ausgebrochen waren, und zwar aufgrund von Föderalismus oder nationalen Eliten. Obwohl der Ragin-Ansatz dem relativen Wohlstand eine gewisse Relevanz zuschreibt, wird er hier ausgelassen, da die genauere Betrachtung seine Irrelevanz nahe legte. Sowohl die Ragin-Analyse als auch die Fallanalyse legen aber den Schluss nahe, dass die Faktoren Föderalismus und externe Unterstützung am wichtigsten waren.

Horowitz (1985: 272) hält externe Unterstützung für extrem selten, da sie einen Eingriff in die internen Angelegenheiten eines anderen Staates darstellen. Dennoch kam sie auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in vier Fällen erfolgreich zustande. Dies lässt sich auf zwei Umstände zurückführen: Einerseits entstanden diese Konflikte, als die Sowjetunion noch existierte – die Unterstützung einer Konfliktpartei innerhalb einer Unionsrepublik wurde also nicht als Eingriff in den Konflikt eines anderen Staates wahrgenommen. Ausserdem entstand beim Auflösungsprozess der Sowjetunion eine Allianz zwischen den Autonomien innerhalb der Sowjetrepubliken und dem Zentrum in Moskau: Dieses wollte die Sezession der Unionsrepubliken verhindern und unterstützte daher die Separatisten innerhalb dieser Republiken, um sie zu schwächen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion setzte Moskau diese Strategie fort, um weiterhin viel Einfluss in den betroffenen Nachbarstaaten - insbesondere im Kaukasus – ausüben zu können. Für die Separatisten stellte Moskau ein alternatives Zentrum dar, von dem die Unterstützung ihrer Anliegen im Konflikt mit den nationalistischen Unionsrepubliken erwartet wurde. Dass die Autonomien Russlands keine *de facto*-Souveränität erreichten, lässt sich ebenfalls auf diesen Zusammenhang zurückführen: Vor dem Zerfall der Sowjetunion waren auch sie von der sowjetischen Führung unterstützt worden, um die RSFSR zu schwächen und dadurch die Sowjetunion zu stärken; nach dem Zerfall versuchte Moskau aber, um jeden Preis die eigene territoriale Integrität zu erhalten (vgl. Heinemann-Grüder 2000: 130). Damit erklärt die Untersuchung nicht nur, dass externe Hilfe für die Errichtung von *de facto* souveränen Staaten entscheidend war, sondern auch, warum es im postsowjetischen Kontext vergleichsweise viele Fälle externer Unterstützung gab.

Von den vier Hypothesen konnten somit drei bestätigt werden, einzig der Einfluss relativen Wohlstands auf die Errichtung eines *de facto* souveränen Staats kann nicht allgemein nachgewiesen werden. Dieser Faktor spielte zwar in einzelnen Fällen eine Rolle, und zwar wie die föderalen Institutionen und die nationalen Eliten zu Beginn der Konflikte: Einerseits wollten die separatistischen Führungen den Abfluss von Ressourcen in ärmere Landesteile verhindern, andererseits versprach man sich aufgrund des Wohlstands das wirtschaftliche Überleben nach einer Sezession. Die Konflikte in Abchasien und Südossetien zeigen aber, dass auch wirtschaftlich weniger fortschrittlichen Gebieten eine erfolgreiche Sezession gelang.

Wie bei der Auflösung der Sowjetunion in ihre Unionsrepubliken spielte der Föderalismus auch bei deren weiteren Zersplitterung eine bedeutende Rolle. Dies ist allerdings auf einige dem postsowjetischen Kontext spezifische Umstände wie den erwähnten Allianzen zwischen Autonomien und der Zentralmacht zurückzuführen. Sämtliche Fälle von *de facto*-Souveränität ausserhalb des postsozialistischen Raums hingegen entstanden nicht in föderalistischen Ländern. Deshalb lässt sich daraus nicht die allgemeine Aussage ableiten, Föderalismus sei zur Konfliktlösung untauglich. Dennoch ist festzuhalten, dass die territoriale Autonomie die Handlungsfähigkeit einer Minderheit erhöht. Umso wichtiger ist es deshalb, Minderheiten mit demokratischen und föderalen Prozessen wirklich in den Staat zu integrieren und fortschrittlichen Minderheiten wirtschaftliche Autonomie zu gewährleisten.

Als weiterführende Forschungsmöglichkeiten bietet sich einerseits die Vertiefung der Untersuchung innerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion an, andererseits die Erweiterung auf ähnliche Fälle in der ganzen Welt. Innerhalb der ehemaligen Sowjetunion ist zu klären, warum einzelne Autonomien im Kampf um mehr Unabhängigkeit erfolgreicher waren als andere – in der Russländischen Föderation beispielsweise ist das Mass an Souveränität in den einzelnen Republiken sehr unterschiedlich. Im weltweiten Kontext ist insbesondere der Vergleich mit den Fällen des ehemaligen Jugoslawien interessant: Dort entstanden etwa zur gleichen Zeit wie in der Sowjetunion drei von *homelands* unterstützte *de facto*-Staaten, diese scheiterten aber alle aufgrund von externen Faktoren, die im postsowjetischen Kontext keine Rolle spielten. Diese Faktoren gilt es zu identifizieren und herauszufinden, warum sie nur bei den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, nicht aber in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wichtig waren.

LITERATURVERZEICHNIS

ABRAHAMIAN, Levon Hm. (2001): "Civil Society in the Square: the Karabagh Movement in Perspective", in: CHORBAJIAN, Levon (Hg.): *The Making of Nagorno-Karabagh. From Secession to Republic*. Houndmills: Palgrave: 116-134.

ARCHIVNAJA SLUŽBA RESPUBLIKI TATARSTAN (2008): *Pervye sekretari Tatarskogo obkoma, reskoma partii*. Online im Internet:

http://www.archive.gov.tatarstan.ru/_go/anonymous/print/?id=6830&type=article
[10.02.2008].

ASTOURIAN, Stephan H. (1994): „The Nagorno-Karabakh Conflict: Dimensions, Lessons, and Prospects“, *Mediterran Quarterly* 5(4): 85-109.

BEISSINGER, Mark R. (1992): "Elites and Ethnic Identities in Soviet and Post-Soviet Politics", in: MOTYL, Alexander J. (Hg.): *The Post-Soviet Nations. Perspectives of the Demise of the USSR*. New York: Columbia University Press: 141-169.

BEISSINGER, Mark R. (1998): „Nationalist Violence and the State: Political Authority and Contentious Repertoires in the Former USSR“, *Comparative Politics* 30(4): 401-422.

BREZIANU, Andrei und Vlad SPÂNU (2007): *Historical Dictionary of Moldova*. Lanham, Maryland: The Scarecrow Press.

BRUBAKER, Rogers (1996): *Nationalism Reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

ČELECHSATY, Kazbek (Hg.) (1994): *Osetija I Osetiny*. Vladikavkaz: IR.

CORNELL, Svante (2001a): *Autonomy and Conflict. Ethnoterritoriality and Separatism in the South Caucasus – Cases in Georgia*. Uppsala: Uppsala Universitet.

CORNELL, Svante (2001b): *Small Nations and Great Powers. A Study of Ethnopolitical Conflict in the Caucasus*. Richmond UK: Curzon.

CRAWFORD, James (1979): *The Creation of States in International Law*. Oxford: Oxford University Press.

DE WAAL, Thomas (2003): *Black Garden. Armenia and Azerbaijan through Peace and War*. New York: New York University Press.

DORFF, Robert H. (1994): "Federalism in Eastern Europe: Part of the Solution or Part of the Problem?" *Publius: The Journal of Federalism* 24(2): 99-114.

- FEARON, James D. und David D. LAITIN (2003): „Ethnicity, Insurgency, and Civil War.“ *American Political Science Review* 97(1): 75-90.
- GABANYI, Anneli Ute (1996): *Moldova im Spannungsfeld zwischen Russland, Rumänien und der Ukraine*. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien.
- GALL, Carlotta und Thomas DE WAAL (1998): *Chechnya. Calamity in the Caucasus*. New York: New York University Press.
- GERBER, Jürgen (1997): *Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956*. Baden-Baden: Nomos.
- GIULIANO, Elise (2000): “Who Determines the Self in the Politics of Self-Determination? Identity and Preference Formation in Tatarstan's Nationalist Mobilization”, *Comparative Politics* 32(3): 295-316.
- GOLTZ, Thomas (1993): “Letter from Eurasia: The Hidden Russian Hand”, *Foreign Policy* 92(3): 92-116.
- GRUSKA, Ulrike (2005): *Separatismus in Georgien. Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung am Beispiel Abchasien*. Hamburg: IPW.
- HALE, Henry E. (2000): “The Parade of Sovereignties: Testing Theories of Secession in the Soviet Setting”, *British Journal of Political Science* 30(1): 31-56.
- HECHTER, Michael (1992): “The Dynamics of Secession.” *Acta Sociologica* 35(4): 267-83.
- HEINEMANN-GRÜDER, Andreas (2000): *Der heterogene Staat. Föderalismus und regionale Vielfalt in Russland*. Berlin: Berlin Verlag A. Spitz.
- HOROWITZ, Donald L. (1985): *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley: University of California Press.
- HOROWITZ, Donald L. (1992): “How to Begin Thinking Comparatively About Soviet Ethnic Problems”, in: MOTYL, Alexander A. (Hg.): *Thinking Theoretically About Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR*. New York: Columbia University Press: 9-22.
- HOVANNISIAN, Raffi K. (1997): *Nagorno Karabagh. A White Paper*. Yerevan: The Armenian Center for National and International Studies.
- JAKOVLEV, V.N. (Hg.) (1993): *Bessarabskij vopros i obrazovanie Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki. Sbornik oficial'nych dokumentov*. Tiraspol: RIO PGKU.

- JOHANSSON, Andreas (2006): "The Transnistrian Conflict after the 2005 Moldovan Parliamentary Elections", *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 22(4): 507-516.
- KAUFMAN, Stuart J. (1996): "Spiraling to Ethnic War. Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War", *International Security* 21(2): 108-138.
- KAUFMAN, Stuart J. (2001): *Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War*. Ithaca: Cornell University Press.
- KING, Charles (1999): *The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture*, Stanford: Hoover Institution Press.
- KOKEEV, Alexander (1993): *Der Kampf um das Goldene Vlies: zum Konflikt zwischen Georgien und Abchasien*. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- KOLSTØ, Pål (1995): *Russians in the Former Soviet Republics*, Bloomington: Indiana University Press.
- KOLSTØ, Pål (Hg.) (2002): *National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- LAITIN, David D. (1998): *Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad*. Ithaca: Cornell University Press.
- LEŽAVA, Grigorij P. (1997): *Meždu Gruzij i Rossijej*. Moskva: CIMO.
- LIJPHART, Arend (1977): *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*. New Haven/London: Yale University Press.
- LIJPHART, Arend (1979): "Consociation and Federation: Conceptual and Empirical Links", *Canadian Journal of Political Science* 10(3): 499-515.
- LYNCH, Dov (2002): „Separatist states and post-Soviet conflicts“, *International Affairs* 78(4): 831-848.
- MELANDER, Erik (2001): "The Nagorno-Karabakh Conflict Revisited: Was the War Inevitable?", *Journal of Cold War Studies* 3(2): 48-75.
- MOKIČEV, Sergej Vasil'evič und Michail Viktorovič NIKOLAEV (1995): „Die Republik Tatarstan – Historische und wirtschaftliche Aspekte“, in: JAEHNE, Günter (Hg.): *Republik Tatarstan. Wirtschaftliche Probleme einer Region in der Russischen Föderation*, Berlin: Duncker & Humboldt: 34-41.

MÜLLER, Christin (1998): *Ansätze und Bestrebungen zur Bildung von Nationalstaaten innerhalb der Russischen Föderation: Kalmykien, Tatarstan und Jakutien*. Berlin: Institut für Internationale Politik und Regionalstudien des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

OBERSTER SOWJET DER UdSSR (1977): *Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 7. Oktober 1977*. Online im Internet: <http://www.verfassungen.de/su/udssr77-index.htm> [20.02.2008].

QUENIVET, Noelle (2007): „Konstituierung staatsähnlicher Gebilde? Fallbeispiele aus der ehemaligen Sowjetunion“, in: EPPING, Volker und Hans-Joachim HEINTZE (Hg.): *Wiederherstellung staatlicher Strukturen in Nach-Konflikt-Situationen*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag: 139-169.

RAGIN, Charles (1987): *The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies*. Berkeley: University of California Press.

ROEDER, Philip G. (1991): „Soviet Federalism and Ethnic Mobilization.“ *World Politics* 43(2): 196-232.

ROEDER, Philip G. (1999): „Peoples and States after 1989: The Political Costs of Incomplete National Revolutions.“ *Slavic Review*, 50(4): 854-882.

RUTLAND, Peter (1994): „Democracy and Nationalism in Armenia“, *Europe-Asia Studies* 46(5): 839-961.

SMIRNOV, Igor Nikolaevič (1986): *Ot lozungov i slov – k živomu delu. Iz vystuplenija V. I. Smirnova*, Sovetskaja Moldavija, 31.05.1987: 2.

SMITH: *Nationalism*. Oxford: Oxford University Press: 18-21.

STALIN, Iosif Vissarionovič (1994): *The Nation*, in: HUTCHINSON, John und Anthony D.

STALIN, Josif Vissarionovič (1953): „The Policy of the Soviet Government on the National Question in Russia“, in: STALIN, Josif Vissarionovič (Hg.): *Works, Volume 4*. Moskva: Foreign Language Publishing House: 370-371.

STEPANJUK, Viktor (2006): *Gosudarstvennost Moldavskogo Naroda*. Chişinău: Tipografia Centrală.

SUNY, Ronald G. (1993): *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union*. Stanford, California: Stanford University Press.

- SUNY, Ronald G. (1998): *The Soviet Experiment. Russia, the USSR, and the Successor States*. New York/Oxford: Oxford University Press.
- TISHKOV, Valery (1999): "Ethnic Conflicts in the Former USSR: The Use and Misuse of Typologies and Data", *Journal of Peace Research* 36(5): 571-591.
- TROEBST; Stefan (2003b): „Separatistischer Regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989-2002“, in: THER, Philipp und Holm SUNDHAUSEN (Hg.): *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Marburg: Verlag Herder-Institut: 185-214.
- VETIK, Raivo (2002): „The Cultural and Social Makeup of Estonia“, KOLSTØ, Pål (Hg.): *National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova*. Lanham: Rowman & Littlefield: 71-104.
- VSEMIRNYJ ISTORIČESKIJ PROEKT (2004): *Armjanskaja Respublika Nagornogo Karabacha*, Online im Internet: <http://www.whp057.narod.ru/nag-kar.htm> [12.02.2008].
- YAMSKOV, A.N. (1991): "Ethnic conflict in the Transcaucasus. The case of Nagorno-Karabakh", *Theory and Society* 20(5): 631-660.
- ZOLLINGER, Daniel (2008): *De facto-Souveränität in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion*, Lizenziatsarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.